

Die wirtschaftliche Lage Rußlands	
Investitionsschwäche verhindert Wachstum .....	317
Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus	
Forcierte Bindung an Rußland .....	328

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 19/96

Berlin

9. Mai 1996

63. Jahrgang

Stoglin

## Die wirtschaftliche Lage Rußlands Investitionsschwäche verhindert Wachstum

Deutsches Institut für  
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel

Institut für  
Wirtschaftsforschung Halle

*Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle haben im Rahmen des Forschungsvorhabens „Die wirtschaftliche Lage Rußlands und Weißrußlands“ ihren Frühjahrsbericht<sup>1</sup> über die Wirtschaft Rußlands fertiggestellt.*

*Der Internationale Währungsfonds, die Weltbank, die OECD und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung erwarten für 1996 ein Wiedereinsetzen des wirtschaftlichen Wachstums in Rußland. Die Institute vertreten dagegen, wie bereits im letzten Jahr, die Ansicht, daß ein leichter Zuwachs des BIP zwar im Bereich des Möglichen liegt, die Risiken in Rußland aber, verglichen mit den mitteleuropäischen Transformationsländern, nach wie vor beträchtlich sind und daher ein nochmaliger Rückgang des BIP im Jahr 1996 nicht auszuschließen ist. Es kommt nicht überraschend, daß das BIP und die Industrieproduktion im ersten Quartal 1996 weiter geschrumpft sind, und zwar um 3 vH bzw. 7 vH (gegenüber dem ersten Quartal 1995). Unter den ökonomischen Faktoren, die eine Erholung behindern, tritt die fortgesetzte reale Aufwertung des Rubels immer mehr in den Vordergrund. Der von den Instituten empfohlene Übergang zu einem System des crawling peg bzw. crawling band könnte dazu beitragen, die Risiken zu reduzieren. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen sind jedoch keine Entscheidungen mehr zu erwarten. Einstweilen stützt die sehr großzügige Tilgungsstreckung durch den Pariser Club (und bald wohl auch durch den Londoner Club) die gegenwärtige Politik sowie die Hoffnungen auf finanzielle Stabilisierung und Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten. Die Analysen werden weiterhin durch die lückenhafte und zum Teil inkonsistente statistische Berichterstattung erschwert. Daher bleiben beträchtliche Unsicherheiten über Stand und Verlauf des Transformationsprozesses bestehen.*

### Produktion, Investitionen, Preise

Der seit 1990 andauernde Produktionsrückgang in der russischen Wirtschaft ist auch im Jahr 1995 nicht zum Stillstand gekommen. Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts fiel zwar mit 4 vH deutlich geringer aus als im Vorjahr (Tabelle 1). Die Mitte des Jahres geäußerten Hoffnungen hinsichtlich einer Stabilisierung der Produktion<sup>2</sup> haben sich aber nicht erfüllt. Im zweiten Halbjahr lag das BIP

nahezu kontinuierlich um 4 vH unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums, und auch im Januar und

<sup>1</sup> Dieser Bericht wird auch veröffentlicht in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 273/1996, IWH Forschungsreihe Nr.5/96.

<sup>2</sup> Diese Hoffnungen basierten darauf, daß im Mai 1995 das BIP gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat nicht zurückgegangen war. Vgl. Rossijskaja gazeta vom 6. Juni 1995, S. 5 f.

Tabelle 1

**Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren Rußlands**  
Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode bzw. Anteile in vH

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	Januar 1996
Bruttoinlandsprodukt	-3,0	-5,0	-14,5	-8,7	-12,6	-4	-3
Industrieproduktion	-0,1	-8	-18	-14	-21	-3	-3
Agrarproduktion	-3,6	-5	-9	-4	-12	-8	
Bruttoanlageinvestitionen	0,1	-15	-40	-12	-24	-13	-10
Gütertransportvolumen	-4,3	-7	-14	-12	-14	-2	-3
Einzelhandelsumsatz, real	10,0	-3,2	-3,5	1,9	0,1	-7	3
Entgeltliche Dienstleistungen für den Endverbraucher	10,2	-17	-18	-30	-38	-17	
Nominale Geldeinkommen der privaten Haushalte	18,0	120	750	1 030	360	158	105
Nominallöhne und -gehälter	15,0	81	994	878	276	119	116
Verkaufspreise der Industrie <sup>1)</sup>	4	240	3 280	895	233	175	133
Verbraucherpreise <sup>1)</sup>	6	160	2 510	840	215	131	104
Arbeitslosenquote am Periodenende <sup>2)</sup>			4,8	5,7	7,5	8,2	8,4

<sup>1)</sup> 1990: Jahresdurchschnitt; 1991-1995: Dezember zum Dezember des Vorjahres; Januar 1996 zu Januar 1995. — <sup>2)</sup> ILO-Methodik.

*Quellen:* Narodnoe chozjajstvo RSFSR v 1990 g., Moskau 1991, S. 129, 177, 352. Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii, Moskau 1992, S. 14 f. Rossijskij statističeskij ežegodnik, Moskau 1995, S. 12, 80 und 243. Ceny v Rossijskoj Federacii, Moskau 1995, S. 25 und 123 f. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g., Moskau 1994, S. 287. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., Moskau 1996, S. 3 f., 153, 254, 327, 430, 434. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar' 1996 g., Moskau 1996, S. 3 ff.

Februar 1996 sank das BIP im Jahresvergleich um 3 bzw. 4 vH<sup>3</sup>.

Die Investitionen gingen 1995 mit 13 vH erneut wesentlich stärker zurück als das Bruttoinlandsprodukt. In den letzten fünf Jahren ist das Investitionsvolumen auf 30 vH des Niveaus von 1990 gesunken. In der Industrie wurden im vergangenen Jahr 34 vH der Investitionen getätigt (1994: 30 vH), von denen knapp zwei Drittel auf die Brennstoff- und Energiezweige entfielen. Der Anteil des Verkehrswesens an den Investitionen betrug 1995 knapp 15 vH (1994: 11 vH). Das Gewicht der Investitionen in die Landwirtschaft hat weiter abgenommen (1990: 16 vH; 1995: 3 vH). Demgegenüber ist die Bedeutung des Wohnungsbaus für die Investitionstätigkeit seit 1990 kontinuierlich gestiegen (1990: 17 vH; 1995: 26 vH)<sup>4</sup>. Insgesamt fiel der Einbruch der Investitionen in den Sektoren, die sich auf Auslandsnachfrage und staatliche Förderung stützen konnten, weniger drastisch aus als in den Sektoren, die sowohl unter der realen Aufwertung als auch unter dem Stillstand in der Privatisierung litten.

Die Entwicklung des realen Einzelhandelsumsatzes (-7 vH), der entgeltlichen Dienstleistungen (-17 vH) und der realen Geldeinkommen der privaten Haushalte (-13 vH) weist auf einen abermaligen Rückgang des privaten Konsums hin. Ebenfalls stark reduziert wurde die reale Staatsnachfrage. Demgegenüber hat der Anteil der Nettoexporte am BIP leicht zugenommen.

Die Industrieproduktion sank 1995 um 3 vH (1994: -21 vH). Dahinter verbargen sich unterschiedliche Ent-

wicklungen in den einzelnen Branchen (Tabelle 2). In einigen Zweigen der Grundstoffindustrie konnte erstmals seit mehreren Jahren ein Produktionsanstieg erzielt werden (Eisen- und Stahlindustrie: +9 vH; NE-Metallurgie: +2 vH; Chemie und Petrochemie: +8 vH). Dieser Zuwachs war in erster Linie auf eine Steigerung der Exporte von Vorprodukten zurückzuführen. Allerdings haben mittlerweile die sinkenden Weltmarktpreise, die fortgesetzte reale Aufwertung und die in den letzten Jahren stark gestiegenen Energie- und Transportkosten dazu geführt, daß die Exporte von Eisen- und Stahlerzeugnissen und NE-Metallen vielfach nicht zu kostendeckenden Preisen abgewickelt werden<sup>5</sup>. In den verarbeitenden Industriezweigen setzte sich der Schrumpfungsprozess fort. Die höchsten Produktionseinbußen verzeichnete erneut die Leichtindustrie mit 31 vH, deren Produktion seit 1990 wegen der unzureichenden Wettbewerbsfähigkeit der Branche gegenüber Importerzeugnissen um mehr als 80 vH zurückgegangen ist. Im Maschinenbau ging die Produktion 1995, vor allem wegen der rückläufigen Investitionen, um 10 vH zurück.

<sup>3</sup> Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., Moskau 1996, S. 5 f. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar' 1996 g., Moskau 1996, S. 4; Interfax.

<sup>4</sup> Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., a.a.O., S. 56 ff. Rossijskij statističeskij ežegodnik, Moskau 1995, S. 376 ff.

<sup>5</sup> Der Anteil der Energie- und Transportkosten an den gesamten Produktionskosten der Metallurgie betrug 1995 etwa 50 vH gegenüber 18 vH 1991. Vgl. Finansovye izvestija vom 1. Februar 1996.

Tabelle 2

**Industrieproduktion Rußlands nach Zweigen**  
Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	Januar 1996
<i>Industrie insgesamt</i> <sup>1)</sup>	-0,1	-8,0	-18,0	-16,2	-20,9	-3,3	-5
Elektrizitätswirtschaft	2,0	0,3	-4,7	-5,3	-8,8	-3	1
Brennstoffindustrie	-3,3	-6,0	-7,0	-15,0	-11,0	-2	-3
Eisen- und Stahlindustrie	-1,9	-7,4	-16,4	-16,6	-17,4	9	-4
NE-Metallurgie	-2,4	-8,7	-25,4	-18,1	-9,1	2	1
Chemische und petrochemische Industrie	-2,2	-6,3	-21,7	-21,5	-28,9	8	-12
Maschinenbau und Metallverarbeitung	1,1	-10,0	-14,9	-15,6	-38,1	-10	-19
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	-1,2	-9,0	-14,6	-18,7	-31,2	-7	-16
Baustoffindustrie	-0,9	-2,4	-20,4	-17,6	-28,9	-8	-25
Leichtindustrie	-0,1	-9,0	-30,0	-23,4	-47,3	-31	-33
Nahrungsmittelindustrie	0,4	-9,5	-16,4	-9,2	-21,9	-9	-3

<sup>1)</sup> 1990 bis 1993: Nur Groß- und Mittelbetriebe. 1994 und 1995: Einschließlich Kleinbetriebe und Joint Ventures.

*Quellen:* Promyslennost' Rossijskoj Federacii, Moskau 1992, S. 33 ff.; Rossijskaja Federacija v 1992 godu, Moskau 1993, S. 367; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar' 1994 g., Moskau 1994, S. 127. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g., Moskau 1995, S.12 f. und 219. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., Moskau 1996, S. 17 ff. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar' 1996 g., Moskau 1996, S. 5 f.

Die Agrarproduktion sank 1995 um 8 vH (1994: -12 vH), wobei dieser Rückgang primär die ehemaligen Kolchosen und Sowchosen betraf, deren Anteil an der Agrarproduktion sich auf 55 vH (1994: 60 vH) verringerte. Auf die privaten Nebenerwerbsbetriebe entfielen 43 vH der landwirtschaftlichen Produktion (1994: 38 vH), das Gewicht der privaten Agrarbetriebe („Farmer“) blieb mit 2 vH weiter unbedeutend. Die Getreideernte fiel mit 63,5 Mill. t (1992: 107 Mill. t; 1993: 99 Mill. t; 1994: 81 Mill. t) katastrophal aus.

Der Preisanstieg hat sich 1995 deutlich abgeschwächt (Tabelle 3). Die Verbraucherpreise stiegen von Dezember 1994 bis Dezember 1995 um 131 vH (Dezember 1994 zu Dezember 1993: +215 vH), wobei die monatlichen Preissteigerungsraten von 18 vH im Januar auf 3 vH im Dezember sanken. Überdurchschnittlich stiegen die Preise für Dienstleistungen an (+232 vH), während die Teuerungsrate bei Nahrungsmitteln (+123 vH) und anderen Konsumgütern (+116 vH) etwas unter dem Durchschnitt lag. Bei den industriellen Erzeugerpreisen kam es zu einem Preisanstieg von 175 vH<sup>6</sup>.

**Arbeitsmarkt**

Ende 1995 betrug das Beschäftigungspotential 73 Mill. Arbeitskräfte. Die Zahl der Beschäftigten betrug 67 Mill., gegenüber dem Vorjahr ist sie um 400 000 zurückgegangen. In der Struktur der Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen hat vor allem die Industrie gegenüber 1994 an Gewicht verloren. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten sank von 27,1 auf 25,7 vH. Innerhalb der

industriellen Beschäftigung sind die Anteile der Stromwirtschaft, der Brennstoffindustrie und der Metallurgie gestiegen, während der Maschinenbau und die Leichtindustrie ihre Beschäftigung überdurchschnittlich abgebaut haben.

Nach der Methodik der Internationalen Arbeitsorganisation hat das Staatskomitee für Statistik die Arbeitslosenzahl per Ende 1995 mit 6 Mill. errechnet, dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 8,2 vH (Ende 1994: 5,5 Mill. bzw. 7,5 vH)<sup>7</sup>. Da sich jedoch nicht alle Beschäftigungslosen als arbeitslos melden, lag die Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Personen ohne Beschäftigung Ende Dezember 1995 lediglich bei 2,6 Mill., was einer Arbeitslosenquote von 3,6 vH entspricht (Ende Dezember 1994: 1,9 Mill. bzw. 2,6 vH). Von ihnen waren 2,3 Mill. als Arbeitslose anerkannt, d.h. sie waren länger als drei Monate ohne Beschäftigung (Ende Dezember 1994: 1,6 Mill.). Der Beschäftigungsabbau in den Großbetrieben ist bislang mit Hilfe von Kurzarbeit in Grenzen gehalten worden. Im Dezember 1995 waren insgesamt 4,5 Mill. Beschäftigte von Kurzarbeit betroffen, von denen 2,1 Mill. eine verkürzte Arbeitszeit hatten und sich 2,4 Mill. in unbezahltem Urlaub befanden<sup>8</sup>.

<sup>6</sup> Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., a.a.O., S. 152 ff. und 430 ff.

<sup>7</sup> In diesen Berechnungen wird die Differenz zwischen dem Arbeitskräftepotential („ökonomisch aktive Bevölkerung“) und der tatsächlichen Beschäftigung als Zahl der Arbeitslosen definiert.

<sup>8</sup> Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., a.a.O., S. 237 ff. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar' 1996 g., a.a.O., S. 37 f. Russian Economic Trends, Monthly Update, 16. Januar 1996, Tabelle 11.

Tabelle 3

**Monatliche Preisentwicklung in Rußland 1994 bis 1996**  
Veränderungen gegenüber dem Vormonat in vH

	Verbraucherpreise			Industrielle Erzeugerpreise		
	1994	1995	1996	1994	1995	1996
Januar	21	18,0	4,1	19	21,5	3,3
Februar	10	11,0	2,8	16	16,9	2,8
März	9	8,9	2,8	10	10,7	
April	10	8,5		10	14,8	
Mai	8	7,9		7	8,9	
Juni	5	6,7		8	6,1	
Juli	5	5,4		8	6,7	
August	4	4,6		6	6,8	
September	8	4,5		7	5,7	
Oktober	15	4,7		11	4,6	
November	14	4,5		13	2,9	
Dezember	16	3,2		13	1,8	

*Quellen:* Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g., Moskau 1995, S. 84.; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., Moskau 1996, S. 153. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii januar' 1996 g., Moskau 1996, S. 3.

Tabelle 4

**Struktur der Geldeinkommen und -ausgaben von privaten Haushalten in Rußland**  
in vH

	1993	1994	1995
<i>Geldeinkommen</i>	100	100	100
darunter:			
Lohn	58,0	46,4	39,5
soziale Transfers	17,2	17,4	16,7
Einkommen aus Vermögen	24,8	36,2	43,8
<i>Verwendung der Einkommen</i>	100	100	100
darunter:			
Kauf von Waren und Dienstleistungen	68,9	64,5	70,6
Pflichtabführungen und Beiträge	7,6	6,8	6,7
Buch- und Wertpapiersparen	6,2	6,5	4,9
Devisenkauf	8,0	17,7	14,3
Zuwachs der Bargeldbestände	9,3	4,5	3,5

*Quellen:* Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii v 1995 g., S. 257/258; Rossijskij statističeskij ežegodnik, Goskomstat Rossii, Moskau 1995, S. 78.

**Einkommensentwicklung und Lage der privaten Haushalte**

Die realen Geldeinkommen sanken 1995 mit 13 vH schneller als das BIP, während 1994 bei stark fallendem BIP noch ein beachtlicher Zuwachs festzustellen war. Der Rückgang der Reallöhne fiel mit 26 vH noch wesentlich stärker aus. Der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und aus Vermögen an den Geldeinkommen hat 1995 erstmals den der Löhne übertroffen (Tabelle 4). Die dynamische Entwicklung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit lag zum großen Teil in der Entwicklung des Dienstleistungssektors und der neuen privaten Unternehmen begründet. Die Entwicklungstempi der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Löhnen haben sich im zweiten Halbjahr angeglichen.

Die höchsten Lohnniveaus waren wie bisher im Bank- und Versicherungs- sowie Bau- und Transportgewerbe anzutreffen. In der Landwirtschaft, in der Leichtindustrie, im Maschinenbau und im Sozialbereich blieb das Lohnniveau bei unterdurchschnittlichem Zuwachs relativ niedrig. Wie bisher zahlten die Unternehmen neben den Löhnen Zuschläge<sup>9</sup> in Höhe von durchschnittlich 11 vH der Löhne, im Bankgewerbe sogar 40 vH. Ein Teil der zugesagten Löhne wurde jedoch nicht ausgezahlt, die Lohnrückstände haben sich im Verlauf des Jahres 1995 erhöht.

Die Einkommensunterschiede sind gegenüber dem Vorjahr etwas zurückgegangen. Die Differenzierung der Geldeinkommen, gemessen an der Relation vom höchsten zum niedrigsten Einkommensdezil, sank gegenüber dem Vorjahr vom 15fachen auf das 13,5fache. Der Anteil der Bevöl-

kerung mit Geldeinkommen unter dem Existenzminimum ist von 24 vH auf 25 vH gestiegen. Sinkende Realeinkommen ließen den Konsum zurückgehen. Die verminderten Realeinkommen waren mit einem steigenden Anteil der Konsumausgaben (71 vH) und einer um 6 Prozentpunkte gesunkenen Sparquote verbunden. Der Anteil der Ausgaben für den Kauf von Devisen ist von 18 auf 14 vH gesunken. Die Einführung des Wechselkurskorridors im Juli 1995 hat allerdings den Anteil der Ausgaben für den Erwerb von Devisen kaum verändert. Der Rückgang der Devisenkäufe fand vor allem im Mai und Juni 1995 statt. Es ist zu erwarten, daß die Lohn- und Rentenrückstände 1996 angesichts des Wahlkampfes um das Präsidentenamt abgebaut werden.

**Öffentliche Haushalte**

Bei real deutlich rückläufigen Einnahmen wurde 1995 ein restriktiver finanzpolitischer Kurs eingeschlagen. Das Defizit des konsolidierten Haushalts lag bei nur noch 3 vH des BIP<sup>10</sup>, nachdem es 1994 über 10 vH betragen hatte<sup>11</sup>.

<sup>9</sup> Ausgleichszahlungen für den Preisanstieg bei Konsumgütern und Dienstleistungen.

<sup>10</sup> Zugrundegelegt werden Angaben des russischen Finanzministeriums.

<sup>11</sup> Das Defizit des konsolidierten Haushalts (3,2 vH des BIP) wurde vor allem auf der Föderationsebene verursacht (knapp 3 vH des BIP). Den Einnahmen des Föderationshaushaltes von etwa 13,5 vH des BIP standen Ausgaben von etwa 16,5 vH des BIP gegenüber. Die Haushalte der nachgeordneten Gebietskörperschaften waren in ihrer Summe nur geringfügig defizitär. Teilweise konnten Schuldverschreibungen der Regionen plaziert werden.

Allerdings ließ sich diese Defizitbegrenzung nur durch drastische reale Ausgabenkürzungen und Zahlungsverzögerungen gegenüber Unternehmen und privaten Haushalten erreichen. Der finanzpolitische Kurswechsel ging mit einer veränderten Defizitfinanzierung einher. Zum ersten Mal seit Transformationsbeginn wurde das ausgewiesene Defizit im wesentlichen über den heimischen Finanzmarkt und die Kreditzuwendungen internationaler Organisationen gedeckt<sup>12</sup>. Hohe Realzinsen und die im Jahresverlauf aufgetretenen Liquiditätsengpässe auf den inländischen Finanzmärkten wirkten dabei finanzpolitisch disziplinierend. In den ersten beiden Monaten 1996 hat sich die Haushaltssituation verschärft. Ende Februar 1996 waren über 50 vH der föderalen Ausgaben nicht durch Einnahmen gedeckt. Gerade weil eine Stabilisierung der Einnahmenseite nicht in Sicht ist, muß die derzeitige finanzpolitische Situation trotz der Erfolge bei der Defizitfinanzierung als sehr instabil gelten.

Die Einnahmen des konsolidierten Haushalts erreichten 1995 mit etwa 26 vH des BIP den niedrigsten Stand seit Beginn der Transformation. Wichtigste Einnahmearten waren auch 1995 die Gewinnsteuer (7 vH des BIP), gefolgt von der Mehrwertsteuer (knapp 6 vH des BIP). Das Aufkommen aus allen wichtigen Steuerarten war gegenüber dem Vorjahr rückläufig (Tabelle 5). Allerdings hätte sich die Einnahmensituation bei fristgerechter Abführung deutlich anders dargestellt. Zum Jahresende hatten die den Finanzbehörden bekannten Steuerrückstände ein Ausmaß von 3,3 vH des BIP erreicht. Allein auf die Gewinn- und Mehrwertsteuer entfielen Rückstände in einer Größenordnung von mehr als 2,5 vH des BIP. Diese erheblichen Rückstände sind einerseits auf die Liquiditätsprobleme im Unternehmenssektor zurückzuführen. Andererseits werden diese Steuerschulden in einen engen Zusammenhang mit uneingelösten Zahlungsverpflichtungen des Budgets gegenüber einzelnen Unternehmen gebracht. Da das Ausmaß der Verschuldung der öffentlichen Haushalte gegenüber den Unternehmen und privaten Haushalten unbekannt ist, läßt sich nicht bestimmen, ob sich öffentliche Haushalte zum Jahresende in einer Nettogläubigerposition befanden.

Angesichts der schwierigen Einnahmensituation und der Veränderung bei der Defizitfinanzierung wurden die realen Ausgaben drastisch gekürzt bzw. Zahlungen verzögert. Nach den vorliegenden Daten dürften die vormals subventionierten Unternehmen besonders stark von den Kürzungen betroffen gewesen sein. Lagen die Ausgaben für die „Volkswirtschaft“ 1994 noch bei gut 10 vH des BIP, so flossen in die entsprechenden Sektoren 1995 insgesamt nur noch Finanzmittel in Höhe von knapp 5 vH des BIP<sup>13</sup>. Die ausgewiesenen Ausgabenkürzungen in den personalintensiven Bereichen Verteidigung und Verwaltung dürften auch auf Zahlungsrückstände des Budgets gegenüber den Beschäftigten zurückgehen. Unklar ist — auch angesichts der gesunkenen Verteidigungsausgaben —, wie die Kosten des Tschetschenien-Konflikts verbucht wurden. Durch die

Tabelle 5

**Konsolidierter Haushalt Rußlands**  
Ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben, in vH des BIP

	1992 <sup>1)</sup>	1993 <sup>2)</sup>	1994	1995
<i>Einnahmen, insgesamt</i>	28,0	29,0	29,0	26,2
Gewinnsteuer	8,2	9,8	8,0	7,0
Einkommenssteuer	2,3	2,6	2,9	2,2
Mehrwertsteuer	10,5	6,5	6,1	0,6
Akzisen	1,1	1,0	1,2	1,5
Zölle etc.	2,5	1,4	3,1	1,5
Sonstige Einnahmen	3,4	7,7	7,7	8,3
<i>Ausgaben, insgesamt</i>	31,4	33,6	39,3	29,4
Volkswirtschaft	10,8	9,4	10,4	
Industrie, Energie,				2,2
Bauwirtschaft				1,2
Landwirtschaft, Fischerei				0,8
Transport, Kommunikation				3,4
Sozial-kulturelle Maßnahmen	7,3	8,4	9,0	2,4
Bildung				1,2
Gesundheit				2,9
Soziale Sicherung				2,3
Verteidigung	4,5	4,2	4,6	1,3
Verwaltung und Rechtsorgane	2,1	2,4	3,0	1,5
Außenwirtschaft	2,1	1,6	0,8	10,2
Schuldendienst				
Sonstige	4,5	7,6	11,4	
<i>Defizit</i>	3,4	4,6	10,3	3,2

1) Im Jahre 1992 war der Umfang der außerbudgetären Aktivitäten erheblich. Vgl. Voprosy Ekonomiki, Nr. 1/1994, S. 42. — 2) Die Angaben für das Jahr 1993 wurden nachhaltig revidiert.

Quellen: Rossijskij statističeskij ežegodnik 1995, Moskau 1995; Arbeitsunterlagen des Finanzministeriums; Berechnungen der Institute.

deutlich positive Realverzinsung der staatlichen Anleihen sind erstmals seit Beginn der Transformation nennenswerte Ausgaben für den Schuldendienst auf heimische Papiere fällig geworden.

Anders als in den Vorjahren wurde bereits 1995 der Föderationshaushalt für das Folgejahr verabschiedet. Danach soll an dem restriktiven finanzpolitischen Kurs des Jahres 1995 weitgehend festgehalten werden. Vorgesehen sind Einnahmen in Höhe von 15,1 vH des BIP, denen Ausgaben in einer Größenordnung von etwa 18,9 vH gegenüberstehen sollen. Im Vergleich zu 1995 würde dies eine deutliche Steigerung sowohl der Einnahmen als auch der Ausgaben bedeuten. Das Defizit soll nach dem Gesetz bei 3,85 vH

<sup>12</sup> Nach den Angaben des Finanzministeriums war die Netto-neuverschuldung der öffentlichen Haushalte bei der Zentralbank negativ.

<sup>13</sup> Aufgrund von Abgrenzungsproblemen ist unklar, ob nicht ein Teil der vormals unter die „Volkswirtschaft“ subsumierten Ausgaben in die „Sonstigen Ausgaben“ ausgelagert wurde. Da aber auch diese 1995 rückläufig sind, ist eine vollständige Kompensation der Kürzungen durch anderweitige Subventionen unwahrscheinlich.

des BIP liegen. Etwa zwei Drittel der Defizitfinanzierung soll über im Inland plazierte staatliche Schuldverschreibungen erfolgen; das restliche Drittel soll durch internationale Kreditaufnahme gedeckt werden. Allerdings zeichnet sich bereits jetzt ab, daß dieser auf eine Defizitbegrenzung zielende ambitionierte finanzpolitische Kurs nur schwerlich durchzuhalten sein wird.

**Geld-, Kredit- und Wechselkurspolitik**

Erstmals seit Beginn der Transformation wurde 1995 ein geldpolitischer Stabilisierungsversuch über einen längeren Zeitraum hinweg durchgehalten. Seit März 1995 liegt die monatliche Preissteigerungsrate im einstelligen Bereich, seit Jahresmitte sogar unter der 5-Prozent-Marke. Zu dieser Entwicklung hat eine extrem restriktive Zinspolitik der Zentralbank beigetragen, die mit einem Rückgang des Geldmengenwachstums einherging. Zwar hat die Zentralbank ihre Refinanzierungszinsen schrittweise von 200 vH per annum im Januar 1995 auf 120 vH seit Februar 1996 gesenkt, die realen Zinsen liegen allerdings noch immer bei rund 10 vH pro Monat (Schaubild 1). Dies entspricht einer Realverzinsung von mehr als 200 vH pro Jahr.

Die durchschnittliche Wachstumsrate der Geldmenge M2 konnte von 32 vH pro Quartal im Jahr 1994 auf 22 vH im Jahr 1995 reduziert werden (Tabelle 6). Von November 1994 bis November 1995 stieg der Bargeldumlauf nominal zwar noch um 85 vH an, in realen Größen bedeutete dies aber einen Rückgang um rund ein Drittel<sup>14</sup>. Die von der Notenbank vergebenen Kredite nahmen nominal nur um gut 3 vH zu, wobei deutlich unterschiedliche Trends bei den an die Regierung bzw. an Geschäftsbanken vergebenen Kredite zu verzeichnen waren. Während das Volumen der an Geschäftsbanken vergebenen Zentralbankkredite im gesamten Betrachtungszeitraum nominal um 21 vH sank, wurden die Regierungskredite um 12 vH ausgeweitet<sup>15</sup>. Dominierenden Einfluß auf das Wachstum der Zentralbankaktiva hatten 1995 die Währungsreserven, deren Anteil an den Aktiva der Bank sich mehr als verdoppelte und Ende 1995 mehr als ein Drittel ausmachte.

<sup>14</sup> Diese Angaben beziehen sich auf verschiedene Ausgaben des Bulletin of Banking Statistics bzw. des Vestnik Banka Rossii der Russischen Zentralbank.

<sup>15</sup> Aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen sind diese Werte nicht mit Angaben des Finanzministeriums kompatibel.

Schaubild 1

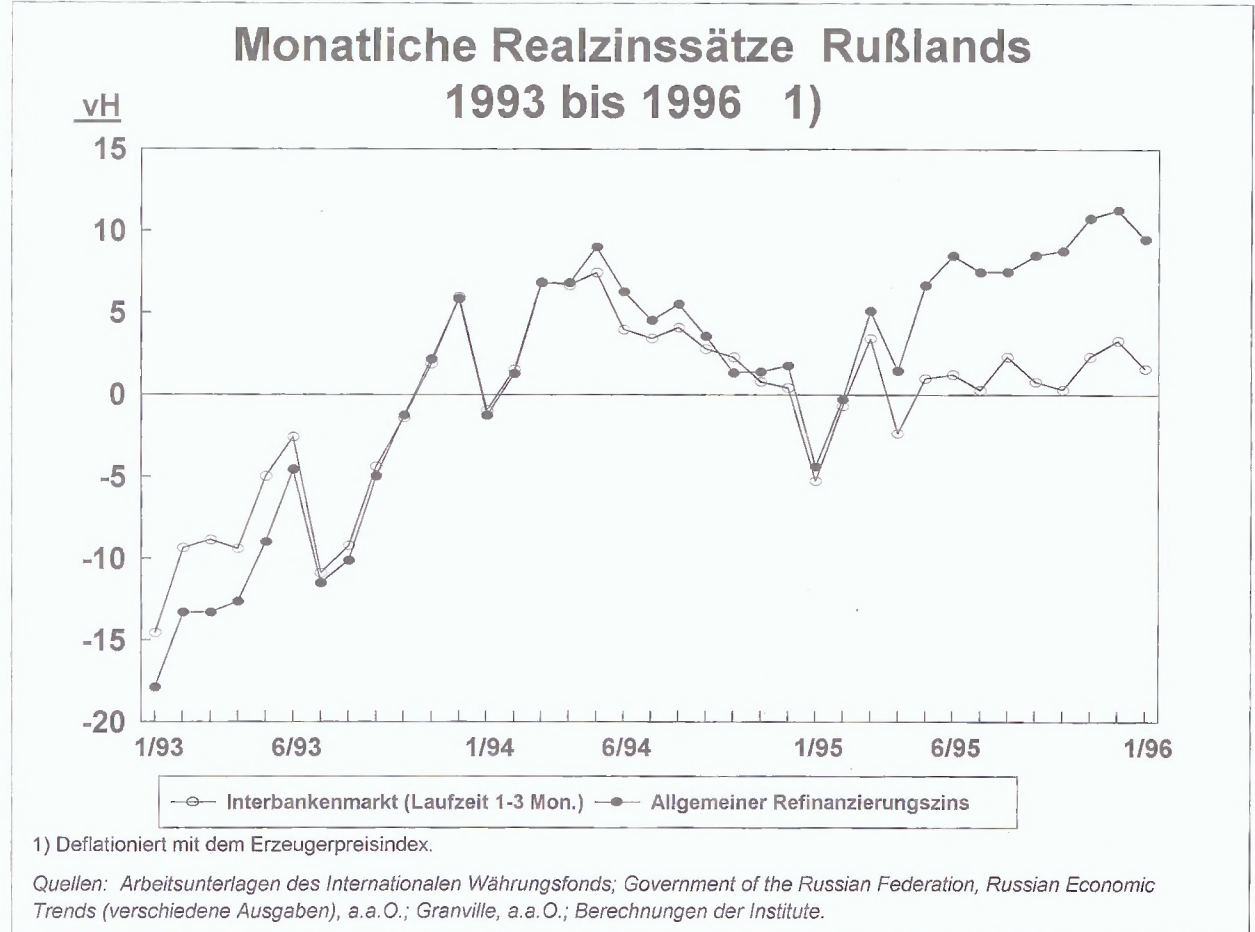


Tabelle 6

**Wachstumsraten von Geldmengen- und Kreditaggregaten in Rußland 1992 bis 1995**  
Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in vH

	1992	1993	1994	1995	1995			
	I-IV	I-IV	I-IV	I-III	I	II	III	IV
Bargeld	82	70	29	25	-3	55	24	.
Geldbasis	.	67	31	22	4	48	21	16
M2	70	51	32	22	10	46	15	19
Bankkredite <sup>1)</sup>	86	58	32	15	27	7	12	6 <sup>2)</sup>

1) Kredite der Banken und der Zentralbank an Haushalte und Unternehmen. — 2) Wachstumsraten für die Monate Oktober und November auf Quartalsbasis.

Quellen: Bulletin of Banking Statistics der Zentralbank der Russischen Föderation, verschiedene Ausgaben; Russian Economic Trends, verschiedene Ausgaben; Brigitte Granville: Monetary Report 69, Moskau 1995; Main Economic Indicators — Survey of Russian Economy, Nr. 13/1995, Institute of Economic Analysis, Moskau.

Entscheidend für den mittel- bis langfristigen Erfolg des derzeitigen Stabilisierungskurses wird der Umgang der Zentralbank mit der Zahlungskrise im Banken- und Unternehmenssektor sein. Der Anteil überfälliger Bankkredite liegt mit gut einem Drittel aller Kredite unverändert hoch. Zudem nimmt die zwischenbetriebliche Verschuldung noch immer zu. Während das reale Volumen der Bankkredite an die Wirtschaft in den ersten elf Monaten des Jahres 1995 um rund 40 vH zurückging, nahm der Realwert zwischenbetrieblicher Kredite um 12 vH zu. Diese Liquiditätskrise im Unternehmenssektor dürfte nicht ohne Auswirkungen auf die Banken bleiben.

Während die Zentralbank in der Vergangenheit in ähnlichen Situationen mit einer Monetisierung der Unternehmensschulden reagiert hat, widersetzt sie sich bislang noch Forderungen nach neuen Vorzugskrediten<sup>16</sup>. Nun steht die Aufgabe an, Bedingungen für eine ausreichende und marktgerechte Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld zu schaffen. Dabei kann die Notenbank gegenwärtig einen Spielraum für Zinssenkungen, der sich bei rückläufiger Inflationsrate und den extrem hohen Realzinsen ergibt, schrittweise nutzen. Es müssen jedoch auch die institutionellen Voraussetzungen für eine marktorientierte Geldpolitik verbessert werden<sup>17</sup>. Insbesondere sind in diesem Zusammenhang die Durchführung von Offenmarktgeschäften und die Festlegung von Solvenz Kriterien für den Zugang der Banken zu Refinanzierungskrediten zu nennen.

Die Gefahr einer Bankenkrise ist bislang noch nicht abgewendet worden, wenngleich die Zentralbank inzwischen ihrer Aufsichtspflicht für den Bankensektor stärker nachkommt und zudem keine automatischen Liquiditätshilfen bereitstellt. Allein im Jahr 1995 wurde 225 Geschäftsbanken die Lizenz entzogen<sup>18</sup>. Darüber hinaus sind seit der Liquiditätskrise im Bankensektor vom August 1995 Veränderungen zu beobachten<sup>19</sup>. Der Zugang zu Interban-

kenkrediten wird in zunehmendem Maße an die finanzielle Lage einer Bank und an die Bereitstellung von Sicherheiten geknüpft<sup>20</sup>. Das bedeutet zum einen, daß Banken mit einer breiten Einlagenbasis einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die Preisbildung auf dem Interbankenmarkt haben. Zum anderen müssen weniger bekannte und finanziell schwächere Banken eine erhebliche Risikoprämie zahlen bzw. sind auf die Finanzierung durch die Zentralbank angewiesen<sup>21</sup>. Die Banken sind zudem offensichtlich bemüht, ihr Engagement gegenüber risikoreichen Kunden zu reduzieren, verstärkt liquide Aktiva wie Staatspapiere zu halten und über hohe Zinsspannen Spielraum für die Abschreibung notleidender Kredite zu gewinnen.

<sup>16</sup> Zwar wurde die Zentralbank durch die offizielle Ernennung eines neuen Notenbankpräsidenten im November 1995 tendenziell gestärkt, allerdings haben Regierung und Parlament noch immer einen recht großen indirekten Einfluß auf geldpolitische Entscheidungen. Vgl. Nachrichten für Außenhandel vom 24. November 1995.

<sup>17</sup> Bisher wird die Refinanzierung vorwiegend über Kreditauktionen abgewickelt, deren Zinsen sich an den offiziellen Refinanzierungszinsen orientieren.

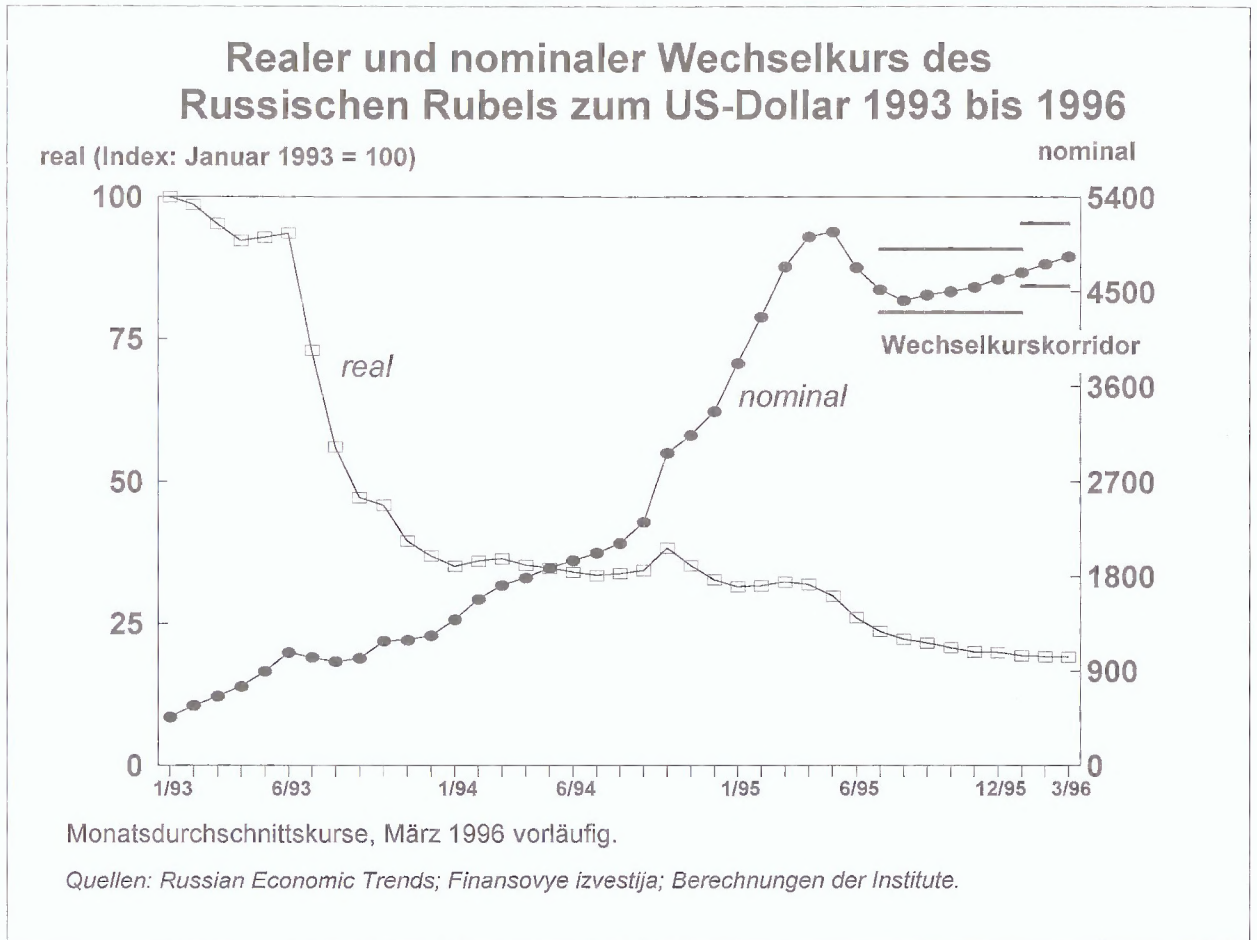
<sup>18</sup> Vgl. Vestnik Banka Rossii, Nr. 2/1996, S. 10.

<sup>19</sup> Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Kurswechsel in der Stabilisierungspolitik. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 51-52/1995. Dieser Bericht wurde auch als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 262/1995, und als IWH Forschungsreihe 4/1995 veröffentlicht.

<sup>20</sup> Vgl. Adalbert Winkler: Banking After the Liquidity Crisis — The Monetary Situation in Russia at the Beginning of 1996. Interdisziplinäre Projekt Consult, Frankfurt, Januar 1996.

<sup>21</sup> Die in Schaubild 1 wiedergegebenen Interbankenzinsen stellen somit nur die Untergrenze der effektiv gezahlten Marktzinsen dar, die als erstklassig eingestuft den Banken eingeräumt werden. Dies wird auch darin erkennbar, daß der Zinssatz auf Staatsanleihen seit September 1995 oberhalb des Interbankenzinses liegt.

Schaubild 2



Im Zeitraum von der Einführung eines Korridors für den Wechselkurs zwischen russischem Rubel und US-Dollar Anfang Juli 1995 bis Ende Januar 1996 hat der Rubel nominal nur um gut 4 vH abgewertet (Schaubild 2). Dies bedeutete eine reale Aufwertung in Höhe von rund 20 vH allein im zweiten Halbjahr 1995. Angesichts der kontinuierlichen realen Aufwertung und dem damit verbundenen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit für die russischen Unternehmen hat die Regierung die Bandbreite für den Wechselkurs zum Dollar mit Gültigkeit für das erste Halbjahr 1996 auf 4 550 bis 5 150 Rubel pro Dollar angehoben, was eine geringfügige prozentuale Verengung der Bandbreite bedeutet<sup>22</sup>.

Bisher hat die Verteidigung des Wechselkurskorridors keine größeren Schwierigkeiten bereitet; der nominale Wechselkurs hat sich zu keiner Zeit der oberen Bandgrenze genähert. Lediglich gegen Ende des Jahres wurden relativ geringe Interventionen innerhalb der Grenzen des Währungskorridors vorgenommen. Angesichts der hohen Realzinsen und des Zustroms an Währungsreserven der Notenbank wäre eine Nutzung des derzeit bestehenden Zinsspielraums mit dem Wechselkursziel durchaus vereinbar. Um der Gefahr einer Überbewertung vorzu-

beugen und die Risiken für den realwirtschaftlichen Sektor zu reduzieren, wäre der Übergang zu einer gleitenden Paritätsänderung (*crawling peg*) zweckmäßig.

#### Außenwirtschaft

Der Außenhandelsumsatz ist 1995 erneut deutlich gestiegen. Nach ersten vorliegenden Schätzungen nahm die Ausfuhr von 66 Mrd. US-\$ im Jahr 1994 auf 78 Mrd. US-\$ im Jahr 1995 zu; die Einfuhr wuchs im gleichen Zeitraum von 50 Mrd. US-\$ auf 58 Mrd. US-\$. Bei der Ausfuhr hat sich die Bedeutung von Rohwaren und industriellen Grundstoffen weiter erhöht; von der Einfuhr entfiel wiederum mehr als die Hälfte auf Konsumgüter einschließlich Nahrungsmittel<sup>23</sup>. Der Anteil der GUS-Staaten an der russischen Ausfuhr sank von etwa 23 vH im Jahr 1994 auf 17 vH im Jahr 1995. Hierfür war vermutlich ausschlaggebend, daß die

<sup>22</sup> Zuvor galt ein Kurskorridor von 4 300 bis 4 900 Rubel.

<sup>23</sup> Vgl. *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g.*, a.a.O., S. 135 ff.; Nachrichten für Außenhandel vom 8. Februar 1996.

Preise im Handel zwischen den GUS-Staaten weiter an das Weltmarktniveau herangeführt wurden und Rußland Kredite zur Zahlungsbilanzfinanzierung nur noch unter marktüblichen Bedingungen vergeben hat. Gleichzeitig konnten vor allem Rohstoffe noch relativ problemlos auf den Weltmärkten abgesetzt werden. Die Einfuhr aus den GUS-Staaten wuchs hingegen ähnlich rasch wie die Einfuhr insgesamt.

Für das Gesamtjahr 1995 liegt bisher keine Zahlungsbilanz vor. An bedeutenden Mittelzuflüssen war neben dem Handelsbilanzüberschuß von etwa 20 Mrd. US-\$ vor allem der Beistandskredit des IWF mit Auszahlungen von etwa 5 Mrd. US-\$ während des Jahres 1995 zu verzeichnen. Die privaten Investitionen dürften mit etwa 2 Mrd. US-\$ doppelt so hoch wie 1994 gelegen haben, wobei der größte Teil auf Direktinvestitionen entfiel<sup>24</sup>. Große Posten bei den Mittelabflüssen von ungefähr 14 Mrd. US-\$ und den Zuflüssen von mindestens 27 Mrd. US-\$ deuten darauf hin, daß die Netto-Kapitalausfuhr aus Rußland einschließlich des Zuwachses an Bardevisen bei russischen Nichtbanken und illegale Importe auch 1995 nicht zum Erliegen gekommen sind<sup>25</sup>.

Gegen Jahresende 1995 wurde im Rahmen des Londoner Clubs eine langfristige Regelung für die von Rußland übernommenen sowjetischen Altschulden bei Geschäftsbanken in Höhe von ursprünglich etwa 25 Mrd. US-\$ vereinbart<sup>26</sup>. Die Rückzahlung dieser Schulden wird über 25 Jahre gestreckt bei sieben tilgungsfreien Jahren. Die in den tilgungsfreien Jahren anfallenden Zinsen werden ebenso wie die Zinsrückstände aus der Vergangenheit zu einem großen Teil kapitalisiert. Auch im Rahmen des Pariser Clubs strebt die russische Regierung eine langfristige Regelung für die sowjetischen Altschulden gegenüber staatlichen Gläubigern an; hier wurden bisher jährlich die jeweils fälligen Tilgungs- und Zinszahlungen umgeschuldet.

Für die Jahre 1996 bis 1998 hat der Internationale Währungsfonds einen Kredit im Rahmen der Erweiterten Fondsfazilität in Höhe von etwa 10 Mrd. US-\$ zugesagt; davon sollen 1996 etwa 4 Mrd. US-\$ ausgezahlt werden. Bedingung für die Kreditauszahlung ist die Abschaffung der verbliebenen russischen Exportzölle auf Rohstoffe, vor allem Energieträger<sup>27</sup>. Der resultierende Einnahmeausfall soll einerseits durch höhere Produktionssteuern auf Rohstoffe und andererseits durch höhere Importzölle ausgeglichen werden. Höhere Produktionssteuern treffen sowohl Exporte als auch den heimischen Verbrauch und beschleunigen damit die Anpassung der Inlandspreise für Energierohstoffe an das Weltmarktniveau trotz der faktisch noch bestehenden staatlichen Preiskontrollen. Außerdem erweitern sie den Zugriff der Zentralregierung auf die Ressourcenrente und können so zu einer sinnvollen Verteilung der Staatseinnahmen auf die Gebietskörperschaften in einem System des fiskalischen Föderalismus beitragen. Ohne eine Erhöhung der Produktionssteuern würden nämlich höhere (Netto-)Export Erlöse nach der Abschaffung der

Exportzölle praktisch ausschließlich den rohstoffproduzierenden Betrieben sowie ggf. solchen örtlichen Gebietskörperschaften zugute kommen, die unmittelbar am Rohstoffverkauf beteiligt sind. Die Erhöhung von Importzöllen hingegen stellt die bereits erreichte Liberalisierung des russischen Importregimes in Frage und setzt damit ein negatives Signal hinsichtlich des Willens der russischen Regierung zu einer konsequenten Weiterführung der Reformpolitik.

Deutschland hat im Anschluß an die Zusage des IWF-Kredites für 1996 Kredite über 5,1 Mrd. DM zugesagt. Von diesen Krediten entfallen 3 Mrd. DM auf ein Konsortium deutscher Geschäftsbanken, von denen 90 vH durch Bürgschaften des Bundes abgesichert werden. Der Kredit soll als Zahlungsbilanz- und Budgethilfe den russischen Staatshaushalt entlasten. Die Kreditlaufzeit beträgt sieben Jahre bei vier Freijahren, die Verzinsung fünf Achtel über dem Sechsmonats-Libor. Ein weiterer Kredit über eine Milliarde DM wurde von der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) vergeben, mit dem Projekte im beiderseitigen Länderinteresse, aber ohne Lieferbindung, finanziert werden sollen. Schließlich hat ein Konsortium deutscher Banken einen weiteren Kredit über 1,1 Mrd. DM abgeschlossen, die durch Hermes-Bürgschaften und Garantien der Treuhandnachfolgeorganisation BVS abgesichert wurden.

Rußland nimmt, gemessen an Verschuldungsindikatoren wie dem Anteil der Auslandsverschuldung am BIP oder an den Waren- und Dienstleistungsimporten, gegenwärtig nur einen mittleren Rang unter den Transformations- und Entwicklungsländern ein. Nach Ablauf der mit dem Londoner Club vereinbarten sieben Freijahre für alte Kredite ist allerdings mit einer Kumulation von Zins- und Tilgungsverpflichtungen zu rechnen. Die Aufnahme zusätzlicher Kredite durch den russischen Staat müßte bei anhaltender Einnahmeschwäche der öffentlichen Haushalte zu einer weiteren Erhöhung zukünftiger Belastungen und damit zu einem wachsenden Risiko des Kreditausfalls führen.

Die unlängst zugesagten Kredithilfen für Rußland erleichtern zwar eine inflationsneutrale Defizitfinanzierung. Allerdings sind diese Kredite nicht ohne Risiken. Zunächst einmal kann das erhöhte Angebot von Devisen zu einer nominalen Aufwertung des Rubels führen. Dies bedeutet tendenziell eine Verschlechterung der Export-

<sup>24</sup> Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., a.a.O., S. 147; Nachrichten für Außenhandel vom 5. Februar 1996.

<sup>25</sup> Seit Jahresbeginn werden Auslandsüberweisungen zur Bezahlung von Importen verschärft kontrolliert, um illegale Kapitalausfuhr durch Überfakturierung zu erschweren. Auch dies spricht dafür, daß weiterhin Kapital in erheblichem Maße ins Ausland abfließt. Vgl. Nachrichten für Außenhandel vom 29. Februar 1996.

<sup>26</sup> Vgl. Börsen-Zeitung vom 18. November 1995.

<sup>27</sup> Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 23. Februar 1996.

chancen. Die Frage ist, inwieweit die Zentralbank die nominale Aufwertung des Rubels zulassen wird. Zwar erweitert die Aufwertung den bestehenden Zinssenkungsspielraum; nähert sich aber der Wechselkurs dennoch dem unteren Rand des Kurskorridors, und kommt es zu Interventionen der Notenbank, steigen die Inflationserwartungen. Im Ergebnis können damit die externen Finanzhilfen die russische Regierung nicht aus ihrer Pflicht entlassen, eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung einzuleiten und die Rahmenbedingungen für Investitionen zu verbessern.

### Ordnungspolitische Entwicklungen

Mit etwa 10 000 Unternehmen wurden 1995 nur noch halb so viele Unternehmen wie im Vorjahr privatisiert<sup>28</sup>. Besonders schleppend verlief die Privatisierung in der Landwirtschaft<sup>29</sup>, u.a. weil das neue Bodengesetz nicht verabschiedet wurde<sup>30</sup>. Die Zahl der insgesamt privatisierten Unternehmen hat sich bis Ende 1995 auf 122 000 erhöht. Damit verringerte sich zwar der Anteil der staatlichen und kommunalen Betriebe an der Gesamtzahl der Unternehmen auf 20 vH. Allerdings übt der Staat über Beteiligungen noch einen bedeutenden Einfluß auf viele der formal privatisierten Unternehmen aus.

1995 wurden 2 270 Unternehmen vor ihrer eigentlichen Privatisierung zunächst in Aktiengesellschaften umgewandelt. Lediglich 3 vH der zum freien Verkauf vorgesehenen Aktien wurden auf Investitionstendern an strategische Investoren, darunter Ausländer, verkauft. Hieran wird deutlich, daß die Verkaufsprivatisierung nur auf geringes Interesse bei externen Investoren stößt. Insider werden daher ihre starke Stellung in den Unternehmen behalten.

Die Privatisierungserlöse hatten 1995 einen Anteil von nur 1 bis 2 vH an den Gesamteinnahmen des konsolidierten Haushalts<sup>31</sup>. Für 1996 sind im föderalen Budget Einnahmen in Höhe von 13 Bill. Rubel vorgesehen. Dabei werden Kredite, die der Staat gegen eine Verpfändung staatli-

Tabelle 8

### Verteilung der Privatisierungserlöse in Rußland in vH

	1994 <sup>1)</sup>	1995 <sup>1)</sup>
Kommunen	40	36
Föderationssubjekte	21	17
Föderation	13	18
Privatisierungsorgane	20	14
Sonstige	6	15

1) Januar bis November.  
*Quellen:* Social'no-ekonomičeskoe ... 1994 g., a.a.O., S.82 f.; Social'no-ekonomičeskoe .... 1995 g., a.a.O., S.128.

cher Aktien aufnehmen soll, als Privatisierungserlöse verbucht. Die Kreditaufnahme gegen Verpfändung hat 1995 mit 4,5 Bill. Rubel den Großteil der Privatisierungserlöse erbracht<sup>32</sup>. Das Recht auf die Vergabe der Kredite wurde versteigert. Häufig wurde der Zuschlag an die mit der Versteigerung beauftragte Bank nur wenig über dem Mindestgebot erteilt<sup>33</sup>. Dies hat nicht nur zu Protesten der von den Auktionen ausgeschlossenen Banken sowie der betroffenen Unternehmen geführt. Das Programm wurde darüber hinaus zum zentralen Kritikpunkt an der bisherigen Privatisierungspolitik. Eine vom Parlament eingesetzte Kommission ist mittlerweile mit der Überprüfung der bisherigen Privatisierungsfälle, u.a. des Programms „Kredit gegen Pfand“, beauftragt worden. Zudem wurde die Liste jener strategischen Unternehmen, die nicht privatisiert werden sollen, wieder erweitert. Daher sind auf dem Gebiet der Privatisierung 1996, zumindest bis zu den Präsidentschaftswahlen im Juni, keine Fortschritte zu erwarten.

Im nichtstaatlichen Sektor, der rein private Unternehmen, aber auch solche mit staatlicher Beteiligung umfaßt,

Tabelle 7

### Anteil privatisierter Unternehmen in Rußland nach Branchen in vH

	1994	1995
Industrie	26,9	20,5
Landwirtschaft	3,0	1,8
Transport und Infrastruktur	5,4	3,0
Bauwirtschaft	11,0	9,3
Handel	28,8	32,2
Nahrungsmittelgewerbe	5,4	5,8
Andere	19,5	27,4

*Quelle:* Social'no-ekonomičeskoe ... 1995 g., a.a.O. S. 121.

<sup>28</sup> Staatliche und kommunale Betriebe gelten dann als privatisiert, wenn entweder im Fall großer Unternehmen eine Entscheidung über ihre Umwandlung in eine Aktiengesellschaft getroffen und ein Privatisierungsplan bestätigt wurde oder aber wenn ein Verkaufsvertrag vorliegt. Vgl. Rossijskij statističeskij ežegodnik, Moskau 1995, S. 229. Vgl. zu den folgenden Angaben, soweit nichts anderes angegeben: Social'noekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., a.a.O., S. 119-131.

<sup>29</sup> Zum Anteil privatisierter Unternehmen nach Branchen vgl. Tabelle 7.

<sup>30</sup> Allerdings hat der Präsident im März 1996 durch ein Dekret die freie Veräußerung privaten Landbesitzes verfügt. Derzeit wird die Übereinstimmung des Dekrets mit geltendem Recht geprüft.

<sup>31</sup> Zur Aufteilung der Privatisierungserlöse auf die verschiedenen Gebietskörperschaften vgl. Tabelle 8.

<sup>32</sup> Finansovye izvestija vom 9. Februar 1995.

<sup>33</sup> Ekonomika i Žizn', Nr. 10/1996, PlanEcon Report, Nr. 1-2/1996, S. 30 f.; Finansovye izvestija vom 21. November 1996.

waren Ende 1995 rund 62 vH der Beschäftigten angestellt und wurden 70 vH des BIP erwirtschaftet<sup>34</sup>. Das Wachstum des privaten Sektors ist neben der Privatisierung staatlicher Unternehmen auch davon abhängig, ob ein günstiges Umfeld für Existenzgründungen, insbesondere auch kleiner Unternehmen, besteht. Zur Förderung von Kleinunternehmen wurden 1995 weitere Steuererleichterungen gewährt sowie der Zugang zu Krediten durch die Gründung eines speziellen Fonds vereinfacht. Die Zahl der Kleinunternehmen hat in den vergangenen Jahren zwar auf mehr als 900 000 zugenommen; ihre Bedeutung ist jedoch mit einem Anteil von 9 vH am BIP noch gering.

Die Regelungen für den Marktaustritt blieben auch 1995 unzureichend. Insolvente Unternehmen sind nicht gezwungen worden, ihre Geschäftstätigkeit aufzugeben. Der Anteil nicht zahlungsfähiger Betriebe an der Gesamtzahl der Unternehmen belief sich Ende November 1995 auf 30 vH<sup>35</sup>.

Nach dem Inkrafttreten des zweiten Teils des Zivilgesetzbuches Anfang 1996 sind die rechtlichen Grundlagen für Wirtschaftstätigkeiten entscheidend verbessert worden<sup>36</sup>. Das neue Gesetz über die Aktiengesellschaften hat frühere Widersprüche in den aktienrechtlichen Regelungen beseitigt<sup>37</sup>. Allerdings bleibt die Rechtsdurchsetzung unzureichend. Dies behindert die Wirtschaftsreformen beträchtlich.

### Ausblick

Stabilisierungspolitisch hat die russische Regierung im vergangenen Jahr die Weichen neu gestellt: Mit der Einführung eines Wechselkurskorridors wurde explizit ein Wechselkurspolitisches Ziel verfolgt. Komplementär dazu hat die Geldpolitik mit hohen positiven Realzinsen um 100 vH pro Jahr über einen längeren Zeitraum einen restriktiven Kurs durchgehalten. Sie wurde von der Fiskalpolitik unterstützt, indem der Anteil des Budgetdefizits am Bruttoin-

landsprodukt von 10 vH im Jahr 1994 auf nur noch 3 vH reduziert wurde. Der positive Effekt war ein deutlicher Rückgang der Inflationsrate im Jahresverlauf. Die Liberalisierung der Ausfuhren von Energie und Rohstoffen hat den Überschuß in der Handelsbilanz auf 20 Mrd. US-\$ erhöht. Gleichwohl hat dies nicht zum erhofften Ende des wirtschaftlichen Rückgangs beigetragen. Der Preis für die fiskal- und geldpolitische Restriktion war ein abermals starker Rückgang der Realeinkommen der privaten Haushalte (−13 vH) und der Investitionen in Sachkapital (−13 vH). Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte um weitere 4 vH. Die reale Aufwertung des Rubels verstärkte darüber hinaus den Strukturwandel zu Lasten der verarbeitenden Industrie. Angesichts extrem hoher Realzinsen und zunehmender Währungsreserven haben sich für die Zentralbank Zinssenkungsspielräume ergeben. Vor diesem Hintergrund ist das Inflationsrisiko einer geldpolitischen Lockerung geringer einzuschätzen als das Risiko einer erneuten realwirtschaftlichen Kontraktion. Soll 1996 wirtschaftliches Wachstum einsetzen, so muß die Wirtschaftspolitik vor allem eine weitere reale Aufwertung verhindern, und es muß ein Absinken des extrem hohen Realzinsniveaus eintreten. Erfolgt dies nicht, ist auch 1996 keine Erholung zu erwarten. Belastend kommt hinzu, daß die Privatisierung der Staatsunternehmen keine Fortschritte machte und somit auch von der institutionellen Seite keine Investitionsanreize bestehen. Die Chancen, daß die russische Wirtschaft eine Jahresinflationsrate von 50 vH unterschreitet, sind dagegen gut.

<sup>34</sup> Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., a.a.O., S. 5 und 239.

<sup>35</sup> Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., a.a.O., S. 188 und 438.

<sup>36</sup> Graždanskij Kodeks Rossijskoj Federacii. Vgl. Rossijskaja gazeta vom 6. Februar 1996.

<sup>37</sup> Vgl. Federalnyj Zakon „Ob akcionernych obščestvach“. In: Rossijskaja gazeta vom 29. Dezember 1995.

# Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

## Forcierte Bindung an Rußland

Deutsches Institut für  
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel

Institut für  
Wirtschaftsforschung Halle

*Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle legen hiermit im Rahmen des Forschungsvorhabens „Die wirtschaftliche Lage Rußlands und Weißrußlands“ ihren Frühjahrsbericht<sup>1</sup> über die Wirtschaft der Republik Belarus vor.*

*Die Unterzeichnung des Vertrages über die Gründung der Gemeinschaft Souveräner Republiken (GSR) durch die Präsidenten der Republik Belarus und der Russischen Föderation, Lukaschenko und Jelzin, markiert die vorläufig letzte Etappe der weißrussischen Bemühungen um eine verstärkte Bindung an Rußland. Die ursprüngliche Absicht der weißrussischen Seite, eine Vereinigung der Geldsysteme beider Länder auf der Grundlage des russischen Rubels durchzusetzen, scheiterte an russischen Widerständen. Rußland ist auch jetzt nicht bereit, zur Stützung des weißrussischen Rubels beizutragen. Dennoch gehören eine gemeinsame Währung und Elemente eines gemeinsamen Staatshaushalts zu den langfristigen Zielen der GSR. Es muß offen bleiben, ob und zu welchem Preis Belarus diese Ziele gegenüber Rußland durchsetzen kann. Die prekäre Zahlungsbilanzlage läßt den Druck auf Belarus steigen. Noch immer versucht die weißrussische Wirtschaftspolitik, den Herausforderungen hauptsächlich mit administrativen Eingriffen zu begegnen. Die Analysen werden weiterhin durch die lückenhafte und zum Teil inkonsistente statistische Berichterstattung erschwert. Daher bleiben beträchtliche Unsicherheiten über Stand und Verlauf des Transformationsprozesses bestehen.*

### Produktion, Investitionen, Preise

Der Schrumpfungsprozeß der weißrussischen Wirtschaft hat sich 1995 fortgesetzt, wobei sich der Produktionsrückgang gegenüber dem Vorjahr etwas verlangsamte (Tabelle 1). Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank nach offiziellen Angaben um 10 vH (1994: -13 vH). Auf der Entstehungsseite des nominalen BIP erhöhte sich das relative Gewicht der Dienstleistungen gegenüber dem Vorjahr von 43 auf 47 vH, während der Anteil der Güterproduktion von 47 auf 44 vH zurückging. Bei der Verwendung des nominalen BIP verzeichnet die Statistik einen Rückgang des Anteils des privaten Verbrauchs von 57 vH auf etwa 50 vH, während der Verbrauch des Staates und nicht-kommerzieller Organisationen leicht stieg (1994: 28 vH; 1995: 29 vH). Auf die „Bruttoakkumulation von Anlagevermögen“, die mit den Bruttoanlageinvestitionen der Investitionsstatistik nicht identisch ist, entfiel 1995 ein Viertel des BIP (1994: 29 vH). Der Importüberschuß sank von 13 auf 5 vH des BIP. Dies bedeutet, daß dem überdurchschnittlichen Rückgang des privaten Verbrauchs und der Bruttoanlageinvestitionen eine verbesserte Handelsbilanz gegenüberstand.

Der von der Statistik ausgewiesene Rückgang der Investitionen fiel 1995 mit 27 vH (1994: 11 vH) nahezu dreimal so hoch aus wie der Rückgang des BIP, wobei der nachträglich revidierte Vergleichswert für das Vorjahr allerdings wenig glaubwürdig ist<sup>2</sup>. Im staatlichen Sektor, in dem die

Kolchosen und die in Aktiengesellschaften umgewandelten Staatsunternehmen nicht enthalten sind, wurden 75 vH (1994: 69 vH) aller Investitionen getätigt. Stärker als im Durchschnitt sanken 1995 die Investitionen in der Landwirtschaft (-37 vH), im Wohnungsbau (-36 vH) und im Bildungswesen (-54 vH). Die Investitionen in der Industrie gingen um 23 vH zurück. Ein Zuwachs wird für die Investitionen im Nachrichtenwesen (+90 vH), im Banken- und Versicherungssektor (+37 vH) sowie im Bereich Handel und Gaststätten (+3 vH) ausgewiesen. Die größten Anteile an den gesamten Investitionen haben die Industrie (1990: 24 vH; 1995: 29 vH) und der Wohnungsbau (1990: 20 vH; 1995: 21 vH). Eine erhebliche Anteilssteigerung verzeichneten das Verkehrswesen (1990: 6 vH; 1995: 13 vH) und das Gesundheitswesen (1990: 2 vH; 1995: 6 vH), stark an Bedeutung verloren haben die Investitionen in die Landwirtschaft (1990: 29 vH; 1995: 9 vH)<sup>3</sup>.

Die Produktionsentwicklung in der Industrie verlief 1995 in den einzelnen Branchen außerordentlich uneinheitlich (Tabelle 2). Bei einem durchschnittlichen Rückgang um

<sup>1</sup> Dieser Bericht wird auch veröffentlicht in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 274/1996, IWH Forschungsreihe Nr. 5/96.

<sup>2</sup> Der Rückgang der Investitionen 1994 war zunächst noch auf 25 vH beziffert worden.

<sup>3</sup> Vgl. O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare-dekabre 1995 goda, Minsk 1995, S. 36 und 107. Statističeskij bjulleten', Nr. 12/1995, S. 153 ff.

Tabelle 1

**Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren der Republik Belarus**  
Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode bzw. Anteile in vH

	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Bruttoinlandsprodukt	.	-1,2	-9,6	-11,0	-13,0	-10
Industrieproduktion	2,1	-1,0	-9,4	-10,0	-17,1	-11,5
Agrarproduktion	-8,7	-4,9	-8,5	3,7	-14,1	-5
Bruttoanlageinvestitionen	9,0	4,0	-29,0	-15,0	-11	-27
Beschäftigte	-0,9	-2,5	-2,6	-1,3	-2,6	-4,8
Einzelhandelsumsatz, real	14,7	-8,1	-22,0	-14,4	-18	-25
Nominale Geldeinkommen der privaten Haushalte	17,7	94,4	759	1 256	1 865	535
Nominallöhne	16	97	843	1 097	1 487	664
Verbraucherpreise						
Jahresdurchschnitt	4,5	80,7	971	1 190	2 221	709
Dezember zu Dezember	.	.	.	.	1 960	244
Industrielle Erzeugerpreise						
Jahresdurchschnitt	.	.	.	1 530	2 170	503
Dezember zu Dezember	.	238	4 091	3 868	1 865	142
Arbeitslosenquote am Periodenende	.	0,1	0,5	1,4	2,1	2,7

*Quellen:* Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' v 1991 g., Minsk 1992, S. 161 und 165. Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' 1993 g., Minsk 1994, S. 16 f. Respublika Belarus' v cifrach 1994, Minsk 1995, S. 8 ff. und 197. O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare-dekabre 1994 goda, Minsk 1995, S. 5 ff. und 74. O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare-dekabre 1995 goda, Minsk 1996, S. 5 ff. und 75. Statističeskij bjulleten', Nr. 12/1995, S. 18 ff., 55 und 180 ff.

11,5 vH (1994: 17,1 vH) verzeichneten die Brennstoffindustrie (+10,1 vH) und die Chemie und Petrochemie (+8,5 vH) deutliche Zuwächse. Der Aufschwung in der Brennstoffindustrie ist jedoch ausschließlich auf die Verarbeitung russischen Erdöls für russische Kunden zurückzuführen, die über 90 vH der Produktion der Raffinerien abgenommen haben. Der Produktionsanstieg in der Chemieindustrie wurde zu einem erheblichen Teil durch einen Anstieg der Exporte von Grundstoffen (insbesondere Düngemitteln) erzielt. Einen starken Produktionsrückgang verzeichnete der Maschinenbau (-22,4 vH), was in erster Linie auf die erneut rückläufigen Investitionen und auf die Verringerung der Exporte in die GUS zurückzuführen ist. Der erneut massive Produktionseinbruch in der Leichtindustrie (-32,9 vH) ist primär auf die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit sowohl im Inland als auch in der GUS zurückzuführen<sup>4</sup>. Bei allen Fertigwaren hat sich die reale Aufwertung des weißrussischen Rubels im Zusammenhang mit der Wechselkursstabilisierung äußerst nachteilig auf die Bemühungen der Produzenten ausgewirkt, auf den OECD-Märkten Fuß zu fassen.

Die Agrarproduktion ging 1995 um 5 vH zurück (1994: -14 vH). Die negative Produktionsentwicklung betraf ausschließlich die Kolchosen und Sowchosen (-12 vH), während in den privaten Nebenerwerbswirtschaften ein Zuwachs verzeichnet wurde (+7 vH). Bei der Produktion pflanzlicher Erzeugnisse gab es einen Anstieg um 2 vH, bei den tierischen Erzeugnissen verlief die Produktionsentwicklung negativ (-7 vH)<sup>5</sup>.

Die Inflation schwächte sich im Verlauf des Jahres 1995 spürbar ab (Tabelle 3). Die Verbraucherpreise stiegen von

Dezember 1994 bis Dezember 1995 um 244 vH (Nahrungsmittel: +220 vH; übrige Konsumgüter: +259 vH; Dienstleistungen: +477 vH), wobei sich die monatlichen Preissteigerungsraten seit Mai 1995 zwischen 2,5 vH und 5 vH bewegten (Januar 1995: 39 vH). In noch stärkerem Maße ging der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise zurück. Im Dezember 1995 lagen sie um 142 vH über dem Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats, der monatliche Preisanstieg lag im letzten Quartal kontinuierlich unter 3 vH (Januar: +44 vH)<sup>6</sup>.

### Arbeitsmarkt

Die Zahl der offiziell Beschäftigten ging im Verlauf des Jahres 1995 um knapp 5 vH zurück und betrug zu Beginn dieses Jahres 4,2 Millionen (1990: 5,1 Mill.; Anfang 1995: 4,4 Mill.). Der Beschäftigungsabbau blieb damit erneut deutlich hinter dem Produktionsrückgang zurück. Überdurchschnittlich sank die Beschäftigung 1995 in der Bauwirtschaft (-11,4 vH), in der Industrie (-8,5 vH) und im

<sup>4</sup> Vgl. O rabote ... v janvare-dekabre 1995 goda, a.a.O.; S. 13 ff.; Statističeskij bjulleten' Nr. 12/1995, S. 97 ff.; Belorusskij rynok, Nr. 4/1996, S. 39 f. Die Angaben über die Produktionsentwicklung in der Leichtindustrie sind widersprüchlich. Während in den verschiedenen Tabellen der Rückgang auf 32,9 vH beziffert wird, wird an anderer Stelle des Jahresberichts für 1995 von einem Rückgang um 46,3 vH gesprochen.

<sup>5</sup> Vgl. O rabote ... v janvare-dekabre 1995 goda, a.a.O., S. 27.

<sup>6</sup> Vgl. O rabote ... v janvare-dekabre 1995 goda, a.a.O., S. 75 ff. und 125 ff.

Tabelle 2

**Industrieproduktion der Republik Belarus nach Zweigen**  
Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH

	1990	1991	1992	1993	1994	1995
<i>Industrie insgesamt<sup>1)</sup></i>	2,1	-1,0	-9,4	-10,0	-17,1	-11,5
Stromwirtschaft	3,1	0,9	-3,1	-10,9	-11,3	-15,8
Brennstoffindustrie	-2,3	-5,4	-42,9	-36,9	-45,2	10,1
Eisen- und Stahlindustrie	8,7	13,1	-13,7	-13,2	-12,5	-1,4
Maschinenbau und Metallverarbeitung	3,3	5,1	-7,4	2,8	-14,1	-22,4
Chemie und Petrochemie	-0,1	-6,7	-14,7	-12,3	-16,8	8,5
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	2,4	6,9	-7,2	-3,4	-12,7	-11,7
Baustoffindustrie	1,5	5,0	-10,6	-23,9	-28,8	-19,3
Leichtindustrie	0,3	1,0	0,7	1,7	-23,0	-32,9
Nahrungsmittelindustrie	1,8	-9,4	-17,6	0,1	-5,5	-14,1

<sup>1)</sup> Ohne Kleinunternehmen, Genossenschaften, Joint-ventures und industrielle Nebenbetriebe anderer Wirtschaftszweige.

*Quellen:* Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' v 1993 g., Minsk 1994, S. 188 f. O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare-dekabre 1994 goda, Minsk 1995, S. 87. O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare-dekabre 1995 goda, Minsk 1996, S. 14.

Handels- und Gaststättensektor (-8,4 vH). Einen Beschäftigungszuwachs verzeichneten demgegenüber der Banken- und Versicherungssektor (+12,6 vH), die Wohnungs- und Kommunalwirtschaft (+8,6 vH), die öffentliche Verwaltung (+7,4 vH), das Gesundheits- und Sozialwesen (+2,9 vH) sowie das Bildungswesen (+1,4 vH). Die Zahl der Arbeitslosen betrug Ende Dezember 1995 offiziell 131 000, die Arbeitslosenquote stieg gegenüber dem Jahresende 1994 von 2,1 auf 2,7 vH<sup>7</sup>. Es muß jedoch bezweifelt werden, daß die offizielle Arbeitslosenstatistik der Realität entspricht. Nach der Methode der Internationalen Arbeitsorganisation hat das Ministerium für Arbeit eine Arbeitslosenquote von 9 vH errechnet<sup>8</sup>.

Tabelle 3

**Monatliche Preisentwicklung in Belarus 1994 und 1995**  
Veränderungen gegenüber Vormonat in vH

	Verbraucherpreise		Industrielle Erzeugerpreise	
	1994	1995	1994	1995
Januar	40,7	39,2	24,3	44,4
Februar	18,7	33,7	17,3	13,2
März	10	20,0	12	9,6
April	29	14,5	37	7,6
Mai	29	3,4	32	2,4
Juni	20	2,5	22	1,2
Juli	27	5,2	18	2,4
August	53	3,0	42	5,1
September	26	5,2	42	5,2
Oktober	26	3,4	42	2,1
November	41	3,7	28	2,6
Dezember	31	3,9	26	2,2

*Quelle:* Statističeskij bjulleten', Nr. 12/1995, S. 191 und 204.

**Einkommensentwicklung  
und Lage der privaten Haushalte**

Die realen Geldeinkommen sanken gegenüber 1994 um 21,5 vH, die Reallöhne (einschließlich von den Unternehmen gezahlter Zuwendungen) nur um 6 vH. Der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit sowie aus Arbeit im Ausland und für ausländische Organisationen an den Gesamteinkommen halbierte sich gegenüber dem Vorjahr und sank noch unter sein Niveau von 1993. Möglicherweise verbirgt sich dahinter ein Effekt, der durch die Anfang 1995 abgeschaffte Strafsteuer auf die Überschreitung der Lohnsummengrenze ausgelöst wurde. Durch die Strafsteuer hatten die Unternehmen einen Anreiz, Löhne in Form von Gewinnen auszuzahlen. Die rückständigen Lohnzahlungen betragen im Dezember 1995 etwa ein Fünftel der monatlichen Lohnsumme. Etwa 35 vH der Bevölkerung haben ein Pro-Kopf-Einkommen unterhalb der offiziell festgelegten Armutsgrenze<sup>9</sup>.

Die höchsten Löhne wurden im Bankgewerbe, in der Staatsverwaltung und im Baugewerbe gezahlt, während die Löhne im sozialen Bereich und in der Landwirtschaft weit unter dem Durchschnitt blieben<sup>10</sup>. Der Mindestlohn

<sup>7</sup> Vgl. Statističeskij bjulleten', Nr. 12/1995, S. 51 ff.; O rabote ... v janvare-dekabre 1995 goda, a.a.O., S. 82 f.

<sup>8</sup> Vgl. Nacional'naja gazeta, Nr. 9/1996. Nach der ILO-Methode wird die Differenz zwischen dem Arbeitskräftepotential und der tatsächlichen Beschäftigung als arbeitslos definiert.

<sup>9</sup> Die Armutsgrenze wurde mit 60 vH des minimalen Pro-Kopf-Einkommens eines Haushaltes mit 4 Personen festgesetzt. „O povyšeni bazovogo normativa otnesenija graždan k maloi-muščim gruppam naselenija“, Postanovlenie Gosudarstvennogo komiteta Respubliki Belarus' po trudu i social'noj zaščite naselenija, 28. Januar 1994, Nr. 16 šč.

<sup>10</sup> Vgl. O rabote ... v janvare-dekabre 1995 goda, a.a.O., S. 71/72.

wurde im März verdoppelt und betrug im Dezember 1995 11 vH der offiziell festgelegten Armutsgrenze. Die Renten wurden mehrmals der Preisentwicklung angepaßt. Die Durchschnittsrente erreichte im Dezember 82 vH der Armutsgrenze.

Trotz gesunkener Realeinkommen ist der ausgewiesene Anteil der Konsumausgaben an den Geldeinkommen im Jahre 1995 zurückgegangen. Der Anteil der Ersparnis ist dagegen um 6 Prozentpunkte gestiegen. Hierbei hat insbesondere der Ankauf von Devisen an Bedeutung gewonnen. Etwa 40 vH der Ersparnis entfielen im Jahr 1995 auf den Kauf von Devisen (Tabelle 4). Offensichtlich war die Bevölkerung um eine wertstabile Geldanlage bemüht.

### Öffentliche Haushalte

Der im Vorjahr eingeschlagene restriktivere finanzpolitische Kurs wurde auch 1995 beibehalten. Das Defizit des konsolidierten Haushalts lag in der Größenordnung von 2,5 vH des BIP und damit leicht unter dem Vorjahresniveau (Tabelle 5). Bei anhaltendem Produktionseinbruch und dem damit verbundenen erneuten Rückgang der Steuerbasis ging die Defizitbegrenzung im wesentlichen auf reale Ausgabenkürzungen zurück. Zur Finanzierung des Defi-

zits wurden Kredite der weißrussischen Nationalbank und internationaler Organisationen herangezogen; die Emission von Staatspapieren spielte noch immer eine untergeordnete Rolle.

Bei im Jahresvergleich leicht gesunkener Steuer- und Abgabenquote kam es 1995 zu einem deutlichen Wandel in der Aufkommensstruktur. Bedingt durch die schlechte Ertragslage der Unternehmen und die Liquiditätsgänge sank der Anteil des Gewinnsteueraufkommens am BIP gegenüber 1994 um mehr als 2 Prozentpunkte auf 7 vH des BIP; gegenüber dem 1. Halbjahr 1995 sogar um mehr als 3 Prozentpunkte<sup>11</sup>. Allerdings geht aus den vorliegenden Daten nicht hervor, in welchem Maße der Beitrag der Unternehmen zum Budget tatsächlich gesunken ist. Die „Sonstigen Einnahmen“, hinter denen sich auch zahlreiche Sonderabführungen der Unternehmen verbergen, hatten 1995 einen deutlichen Zuwachs zu verbuchen. Auf-

<sup>11</sup> Vgl. Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands. Fehlende Reformen gefährden geldpolitischen Kurswechsel. Siebenter Zusatzbericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 44/1995, S. 757. Dieser Bericht wurde auch als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 260/1995, und als IWH Forschungsreihe 3/1995 veröffentlicht.

Tabelle 4

Struktur der Geldeinkommen und -ausgaben der privaten Haushalte in Belarus in vH

	1993	1994	1995
<i>Geldeinkommen</i>	100	100	100
darunter:			
Lohn der abhängig Beschäftigten	62,8	54,7	64,3
Einkommen aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Produkte	3,3	4,0	4,6
Renten, Stipendien, soziale Transfers	15,0	13,4	16,6
Zuwendungen aus dem Finanzsystem (Kredite, Zinsen, Versicherungsleistungen)	3,8	2,3	2,1
Sonstige Einkommen (Unternehmertätigkeit, Lohn aus Tätigkeit im Ausland oder für ausländische Organisationen)	15,1	25,6	12,4
<i>Verwendung der Einkommen</i>		100	100
darunter:			
Konsumausgaben		83,3	76,9
Abführungen an das Finanzsystem		5,8	6,9
Zuwachs der Spareinlagen		2,3	4,2
Devisenerwerb		1,9	6,7
Wertpapierkauf		1,2	1,3
Sonstige Verwendung, Zuwachs der Bargeldbestands <sup>1)</sup>		5,5	4,0

<sup>1)</sup> In der Statistik nicht ausgewiesen.

Quellen: O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare-dekabre 1995 goda, Minsk 1995, S. 68; O rabote .... v janvare-dekabre 1994 goda, Minsk 1994, S. 67-69.

Tabelle 5

Konsolidierter Haushalt der Republik Belarus  
Ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben, in vH des BIP

	1992	1993	1994	1995	1996 Entwurf
<i>Einnahmen, insgesamt</i>	32,4	31,5	32,0	31,5	32,3
Mehrwertsteuer	12,0	8,7	8,8	8,9	8,7
Akzisen	2,9	3,8	3,4	2,6	3,4
Gewinnsteuer	8,3	9,4	9,5	7,1	6,7
Einkommensteuer	2,4	2,2	2,3	2,7	2,6
Tschernobylsteuer	2,7	2,4	1,3	2,5	2,1
Zölle etc.		2,3	2,9	2,0	3,0
Sonstige Einnahmen	4,1	2,7	3,8	5,7	5,8
<i>Ausgaben, insgesamt</i>	34,4	36,2	35,0	34,0	35,0
Volkswirtschaft	14,4	14,0	9,6	7,2	6,6
Bildung, Kultur, Soziales	10,5	11,0	12,6	14,5	17,1
Wissenschaft	0,5	0,4	0,3	0,6	0,7
Tschernobylfolgen	4,3	3,5	2,4	2,7	2,6
Verteidigung	1,7	1,5	1,5	1,5	1,4
Rechtsorgane	1,0	1,3	1,6	2,4	2,4
Verwaltung	0,6	0,6	0,7	1,2	1,2
Schuldendienst (Inland)	0,7	0,4	0,2	0,2	0,5
Sonstige	0,6	3,5	6,1	3,7	2,5
<i>Defizit</i>	2,0	4,7	3,0	2,5	2,7

*Quellen:* Unterlagen des weißrussischen Finanzministeriums; Berechnungen der Institute.

grund des rückläufigen Gewinnsteueraufkommens wurde die Mehrwertsteuer (8,9 vH des BIP) zur wichtigsten Einnahmequelle des konsolidierten Haushalts.

Bei weiter sinkendem Bruttoinlandsprodukt lag 1995 der Ausgabenanteil des konsolidierten Haushalts am BIP einen Prozentpunkt unter dem Vorjahresniveau<sup>12</sup>. Die reale Kürzung der Ausgaben für die Volkswirtschaft, unter die neben Subventionszahlungen auch Ausgaben für Investitionen gefaßt werden, setzte sich 1995 fort. Gleichzeitig stieg der Anteil der Ausgaben für Bildung, Kultur und Soziales am BIP um zwei Prozentpunkte. Bei real rückläufigen staatlichen Investitionen wuchs damit der konsumtive Teil der Ausgaben weiter an. Der Anteil der „Sonstigen Ausgaben“ am BIP, unter die in der Vergangenheit auch zusätzliche subventionierte Kredite an die Unternehmen gefaßt wurden, ging gegenüber dem Vorjahr zurück.

Der Haushalt für das Jahr 1996 war bis Mitte März noch nicht verabschiedet. Der vorliegende Haushaltsentwurf, der unter der Annahme eines realen BIP-Wachstums von bis zu 1 vH konzipiert wurde, geht von insgesamt leicht steigenden Einnahmen aus. Unter diesen Annahmen bezüglich der Produktionsentwicklung wird auch durch die

geplante Einführung von Steuervergünstigungen für Investitionen ein weiterer Rückgang des Gewinnsteueraufkommens erwartet. Wachsende Einnahmen werden vor allem von der im 2. Halbjahr 1995 durchgesetzten Steigerung der Außenwirtschaftstarife und den am 1. Januar 1996 in Kraft getretenen Erhöhungen der Akzisen erwartet. Die Ausgabenquote wird nach diesem Entwurf 1996 um einen Prozentpunkt steigen. Während die Ausgaben für die Volkswirtschaft rückläufig sein sollen, ist eine weitere Zunahme der Ausgaben für „Bildung, Kultur und Soziales“ vorgesehen. Das geplante Defizit bewegt sich unter der 3-Prozent-Marke. Auch für 1996 ist eine teilweise Finanzierung des Defizits durch die Nationalbank vorgesehen. Allerdings sollen zukünftig vermehrt staatliche Schuldverschreibungen am Kapitalmarkt plaziert werden. Da die Nachfrage nach diesen Papieren bislang ausgesprochen gering war, ist vorgesehen, die Verwendung von Überschüssen der außerbudgetären Fonds für den Aufkauf von Staatspapieren festzuschreiben. Dies käme einer Umschichtung der

<sup>12</sup> Die Ausgaben des konsolidierten Staatshaushalts sind nicht der Staatsquote gleichzusetzen. Ein erheblicher Teil der fiskalischen Aktivitäten wird über außerbudgetäre Fonds abgewickelt.

Finanzen innerhalb des öffentlichen Sektors gleich. Darüber hinaus werden zur Defizitfinanzierung auch für 1996 Kredite internationaler Finanzorganisationen erwartet (in Höhe von 0,5 vH des BIP). Unklar ist derzeit, ob und wie sich die Verhandlungen zwischen Rußland und Belarus über Elemente einer gemeinsamen Haushaltspolitik auf die weißrussische Finanzpolitik auswirken.

### Geld-, Kredit- und Wechselkurspolitik

Im Jahr 1995 konnten die Gefahren für den geldpolitischen Stabilisierungsprozeß zunächst abgewendet werden<sup>13</sup>. Die Wachstumsrate der Geldmenge M3 hat sich von durchschnittlich mehr als 100 vH pro Quartal in 1994 auf weniger als 30 vH in 1995 abgeschwächt (Tabelle 6). Im Zuge dieses Rückgangs des Geldmengenwachstums fiel die monatliche Preissteigerungsrate im Jahr 1995, von Werten nahe der Hyperinflation noch zum Jahresanfang, seit Mai unter die 5-Prozent-Marke. In ähnlichem Ausmaß wie die Geldmenge M3 wurde auch die Kreditvergabe der Zentralbank bzw. der Geschäftsbanken zurückgeführt. Die Bargeldemission expandierte mit 55 vH deutlich stärker als die übrigen Aggregate.

Die zu beobachtenden Stabilisierungserfolge stehen noch immer auf extrem schwachen Grundlagen. Die Nationalbank hat — anders als die russische Zentralbank — die Refinanzierungszinsen recht drastisch von 480 vH per annum zum Jahresanfang auf 66 vH seit September 1995 gesenkt<sup>14</sup>. Damit konnten in Belarus nur noch leicht positive Realzinsen erzielt werden; der durchschnittliche reale Refinanzierungszins gelangte bereits im August wieder in den negativen Bereich (Schaubild 1)<sup>15</sup>. Durch die radikale Lockerung des zinspolitischen Kurses und des ohnehin erheblichen politischen Einflusses auf die Nationalbank ist das Stabilitätsziel gefährdet. Dies gilt insbesondere angesichts der Tatsache, daß sowohl aufgrund eines zunehmen-

den Anteils notleidender Kredite in den Bilanzen der Banken, als auch aufgrund einer zunehmenden zwischenbetrieblichen Verschuldung der Druck auf die Nationalbank steigt, die Kreditvergabe auszuweiten. Arbeitsunterlagen der Nationalbank zufolge ist bis zum Jahresende 1995 der Anteil überfälliger bzw. nach Ablauf der Rückzahlungsfrist zunächst prolongierter Bankkredite auf 12,8 vH gestiegen. Noch im März 1995 war lediglich ein Wert von 2 vH ausgewiesen worden. Zu vermuten ist noch immer, daß nicht alle Risikokredite in diesen Kennziffern tatsächlich erfaßt werden. Zudem hat die zwischenbetriebliche Verschuldung allein in den ersten acht Monaten von 1995 um real 13 vH zugenommen.

Die Nationalbank hat zwischen April und Dezember 1995 einen festen Wechselkurs von 11 500 weißrussischen Rubeln zum US-\$ verteidigt. Ende Januar 1996 wurde ein Wechselkurskorridor von 11 300 bis 13 100 weißrussischen Rubeln je US-\$ für das erste Halbjahr 1996 offiziell bekanntgegeben. Ferner wurde eine Reihe von Maßnahmen zur Devisenbewirtschaftung, wie etwa die Zwangsumtauschpflicht von Deviseneinnahmen aus Exportgeschäften sowie eine mengenmäßige Importbeschränkung, eingeführt<sup>16</sup>. Diese Maßnahmen sind ein Versuch, angesichts der mit dem Wechselkursziel inkompatiblen Geldpolitik eine Zahlungsbilanzkrise zu verhindern.

Die aus dem fixierten Wechselkurs resultierende reale Aufwertung des weißrussischen Rubels gegenüber dem Dollar lag für das gesamte Jahr 1995 bei 64,5 vH (Schaubild 2), nachdem bereits in den Vorjahren eine deutliche reale Aufwertung der weißrussischen Währung zu verzeichnen war. Wenngleich der Wechselkurs zum russischen Rubel nicht vollständig fixiert worden ist, blieb er doch im Verlauf des Jahres 1995 relativ konstant. Dies bedeutete seit April 1995 eine reale Abwertung des weißrussischen Rubels, so daß im Dezember der reale Wechselkurs vom März 1995 wieder erreicht wurde. Insgesamt war jedoch für das gesamte Jahr eine reale Aufwertung von rund 40 vH gegenüber dem russischen Rubel zu verzeichnen. Im Ergebnis hat die Wechselkursverteidigung die Wettbewerbsposition weißrussischer Unternehmen auf den Weltmärkten verschlechtert und Anreize geschaffen, im Inland produzierte Waren durch Importe zu substituieren.

Tabelle 6  
Geldmengen- und Kreditentwicklung  
in Belarus 1992 bis 1995  
Jahresdurchschnitte der Veränderungsraten  
pro Quartal zum Vorquartal in vH

	1992	1993	1994	1995
Nationalbankkredite <sup>1)</sup>	117	53	191	32
Bargeld	75	96	99	55
Bankkredite <sup>2)</sup>	107	64	114	25
M3	57	80	112	27

<sup>1)</sup> Inländische Nettokreditvergabe an Regierung, Banken und Unternehmen. — <sup>2)</sup> Kredite der Nationalbank und der Geschäftsbanken an Haushalte und Unternehmen.

Quellen: Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds und der Nationalbank; Berechnungen der Institute.

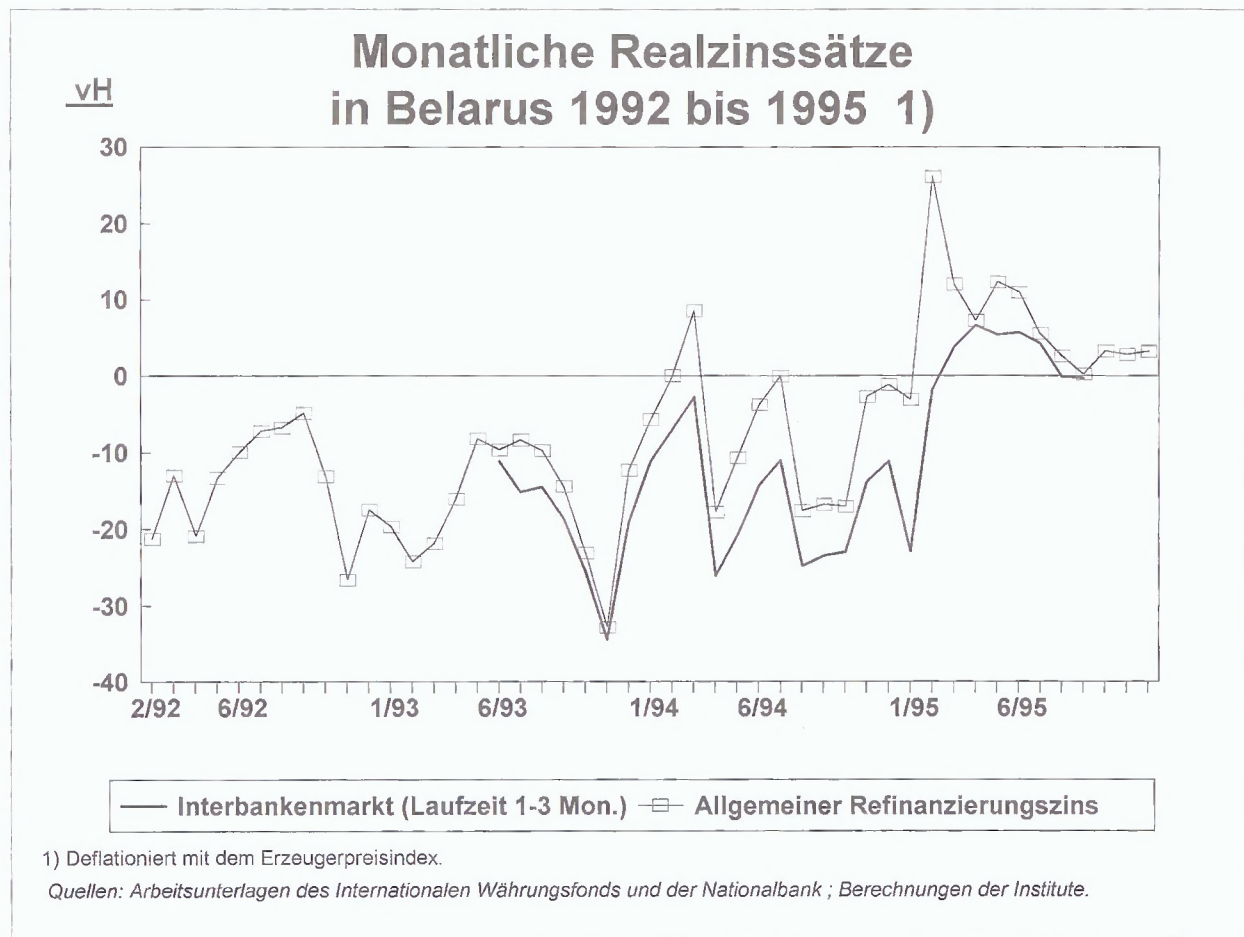
<sup>13</sup> Vgl. Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands. Fehlende Reformen gefährden geldpolitischen Kurswechsel ..., a.a.O., S. 757. Die vorliegenden Angaben über die Geld- und Kreditpolitik der weißrussischen Nationalbank für die zweite Hälfte des Jahres 1995 sind äußerst lückenhaft und erlauben nur in begrenztem Maße einen Vergleich über die Zeit.

<sup>14</sup> Nach Redaktionsschluß wurde der Refinanzierungssatz weiter auf 55 vH gesenkt. Vgl. vwd-Rußland vom 22. März 1996.

<sup>15</sup> Der durchschnittliche Refinanzierungssatz wird von der weißrussischen Nationalbank ausgewiesen. Vermutlich werden in ihm auch Zinsen auf subventionierte Kredite erfaßt.

<sup>16</sup> Vgl. Minsk Economic News, Nr. 2/1996, S. 1, sowie Nr. 3/1996, S. 4.

Schaubild 1



#### Außenwirtschaft

Das Handelsbilanzdefizit der Republik Belarus hat sich 1995 gegenüber dem Vorjahr verringert. Nach ersten Schätzungen erreichte die Ausfuhr 4,1 Mrd. US-\$ (nach 3,1 Mrd. US-\$ im Jahr 1994) und die Einfuhr 4,6 Mrd. US-\$ (nach 3,7 Mrd. US-\$). Bei weitem größter Handelspartner war Rußland mit etwa 60 vH der Ausfuhren und 70 vH der Einfuhren. Angesichts dieses unverändert hohen Gewichts wurden Veränderungen in der weißrussischen Handelsbilanz wesentlich durch diesen bilateralen Handel bestimmt.

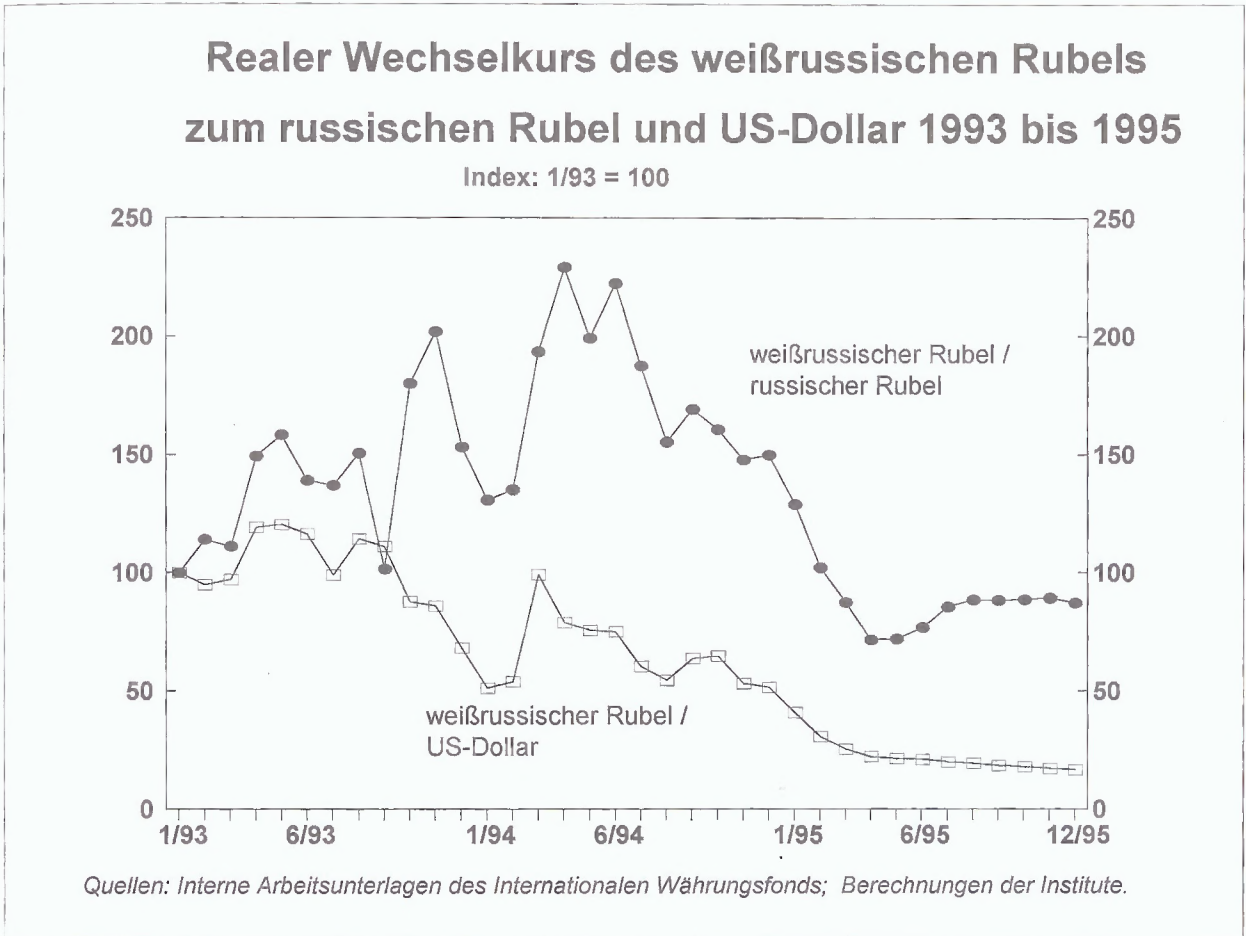
Im Drittländerhandel hat insbesondere die Ausfuhr von Erzeugnissen der Leichtindustrie wie Textilien und Bekleidung (Lohnveredelung) deutlich zugenommen<sup>17</sup>. Da die inländische Nachfrage in diesem Sektor besonders stark zurückging, dürfte die Produktion für den Export eine wichtige Stütze der noch verbliebenen Beschäftigung geworden sein. Bei der Ausfuhr in die Europäische Union wurden für einige Produkte sogar die auf der Grundlage des Welttextilabkommens festgesetzten Höchstmengen erreicht. Allerdings wurden für 1996 bereits deutlich höhere Quoten vereinbart, so daß von der Nachfrageseite her einem weiteren Anstieg der Exporte zunächst keine Grenzen gesetzt sind. Auf der Angebotsseite hingegen hat die reale Aufwer-

tung des weißrussischen Rubels im Verlauf des Jahres 1995 die Rentabilität der Exporte geschmälert. Da die Exporte der Leichtindustrie zum großen Teil Auftragsproduktionen für ausländische Hersteller oder Handelsketten darstellen und hier ein intensiver Preiswettbewerb zwischen verschiedenen Produzentenländern herrscht, würde eine Aufrechterhaltung der Überbewertung des weißrussischen Rubels diesen ersten Ansatz zu einer Diversifizierung des Exportangebots ersticken.

Bereits jetzt hat das Bestreben der Nationalbank, den nominalen Wechselkurs zu stabilisieren, zu Rückschritten bei der Liberalisierung der Außenhandelspolitik geführt. Um einen Rückgang der Devisenreserven zu vermeiden, ist seit Dezember 1995 der Kauf von Devisen nur für „essentielle“ Importe zulässig (vor allem Energieträger, industrielle Grundstoffe, pharmazeutische Erzeugnisse, einige Nahrungsmittel). Zwar soll dieser direkte administrative Eingriff im Frühjahr 1996 durch eine Steuer von

<sup>17</sup> Nachrichten für Außenhandel vom 20. Februar 1996. Die Ausfuhr der Mitgliedsunternehmen des Verbandes der Leichtindustrie — Bellegprom — stieg demnach von 45 Mill. US-\$ im Jahr 1994 auf 224 Mill. US-\$ im Jahr 1995.

Schaubild 2



10 vH auf den Erwerb von Devisen für „nicht-essentielle“ Importe ersetzt werden<sup>18</sup>. Damit bliebe es aber bei einer steuersystematisch problematischen Diskriminierung, da bereits die Einfuhrzölle eine differenzierte Besteuerung der verschiedenen Produkte beinhalten. Die Umtauschpflicht für Exporterlöse an der staatlichen Devisenbörse wurde kürzlich von bisher 50 auf nunmehr 100 vH heraufgesetzt<sup>19</sup>. Angesichts der realen Überbewertung und der wenig transparenten Devisenmarktinterventionen der Nationalbank erhöht diese Maßnahme die Unsicherheit über die Rentabilität der Exporte und behindert damit die dringend erforderliche Integration der Republik Belarus in die internationalen Gütermärkte.

Wegen der Rückschritte in der Außenhandelspolitik und der verschleppten Reformen auch auf anderen Gebieten hat der Internationale Währungsfonds von dem 1995 zugesagten Beistandskredit in Höhe von 300 Mill. US-\$ bisher nur eine erste Tranche von 70 Mill. US-\$ freigegeben<sup>20</sup>. Dies hat dazu beigetragen, daß das Handelsbilanzdefizit in Höhe von gut 400 Mill US-\$ im Jahr 1995 teilweise durch eine Erhöhung der Zahlungsrückstände gegenüber dem russischen Erdgaslieferanten Gazprom in Höhe von etwa 200 Mill. US-\$ „finanziert“ wurde<sup>21</sup>. Die weißrussischen Schulden gegenüber Rußland wurden aufgrund einer Ver-

einbarung der Präsidenten beider Staaten vom Februar 1996 mit Wirkung zum 1. Januar 1996 gestrichen. Dies betraf vor allem Zahlungsrückstände von knapp 800 Mill US-\$ aus Energielieferungen sowie zwischenstaatliche Kredite im Umfang von knapp 500 Mill. US-\$. Im Gegenzug verzichtete Belarus u.a. auf die Begleichung von Forderungen aus der Stationierung russischer Truppen in Belarus und aus der Ablieferung von Atomwaffen an Rußland im Zuge der Abrüstung<sup>22</sup>. Selbst eine derart umfassende Schuldenstreichung kann allerdings nur dann zu einer nachhaltigen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage beitragen, wenn sie von glaubwürdigen Strukturreformen begleitet wird. Nur so kann das Handelsbilanzdefizit langfristig auf einen Umfang zurückgeführt werden, der am internationalen Kapitalmarkt finanzierbar ist. Ansonsten kann die Schuldenstreichung nicht mehr als eine Atempause vor einer Zahlungsbilanzkrise bedeuten.

<sup>18</sup> Nachrichten für Außenhandel vom 7. Februar 1996.

<sup>19</sup> Handelsblatt vom 20. Februar 1996.

<sup>20</sup> Economist vom 2. März 1996.

<sup>21</sup> Handelsblatt vom 22. Februar 1996.

<sup>22</sup> Itar-Tass vom 27. Februar 1996.

## Ordnungspolitische Entwicklungen

Nach den Wahlen im Dezember 1995 konnte zwar die Beschlußfähigkeit des Parlaments wiederhergestellt werden. Der Präsident stellt aber weiter die bestehende Verfassung und die Kompetenz des Parlaments in Frage. Dies ist ein entscheidendes Hemmnis für den weiteren Fortgang der Reformen.

Zum Stand der Privatisierung Ende 1995 wurden von weißrussischer Seite bislang keine statistischen Angaben veröffentlicht. Pressemeldungen ist zu entnehmen, daß das bereits im ersten Halbjahr geringe Tempo der Privatisierung<sup>23</sup> sich im weiteren Jahresverlauf sogar noch verlangsamte. Fortschritte konnten nur bei der Privatisierung von Wohnungen verbucht werden<sup>24</sup>. Die Ausgabe von Schecks<sup>25</sup> zur Privatisierung von Unternehmen verlief schleppend. Zum 1. Dezember 1995 hatten erst 54,5 vH der berechtigten Bürger einen Antrag auf Zuteilung eines Schecks gestellt<sup>26</sup>. Daher ist die Ausgabefrist bis zur Jahresmitte 1996 verlängert worden.

Das Privatisierungsprogramm für 1996 wurde bereits am 30. Dezember 1995 und damit erstmals fristgerecht verabschiedet<sup>27</sup>. Laut Programm sollen nur 516 Unternehmen, das sind etwa 6,5 vH der staatlichen Unternehmen, der Privatisierung unterliegen. Da der bloßen Rechtsformänderung von Unternehmen im Programm ein großes Gewicht beigemessen wird, ist es wahrscheinlich, daß der bisherige Kurs, die Unternehmen zwar in Kapitalgesellschaften umzuwandeln, aber selten tatsächlich zu privatisieren, fortgesetzt wird.

Das Privatisierungsprogramm sieht vor, daß sich über eine Erhöhung des Eigenkapitals externe Investoren, darunter Ausländer, an umgewandelten Unternehmen beteiligen können. Dabei besteht die Möglichkeit eines *debt-equity swap*. Diese Regelung erlaubt auch russischen Gläubigern, ihre Forderungen gegenüber weißrussischen Unternehmen umzuwandeln. Eine umfangreiche Beteiligung westlicher Ausländer ist aufgrund der restriktiven Rahmenbedingungen nicht zu erwarten. Damit fehlen wichtige strategische Investoren, die neues Kapital sowie Impulse für die notwendige Umstrukturierung der Unternehmen geben könnten.

Auch 1996 soll die Scheckprivatisierung das vorrangige Privatisierungsverfahren bleiben. Scheckeigentümer haben das Recht, die grundsätzlich nicht handelbaren Schecks an nahe Verwandte zu übertragen, gegen Anteile an Investmentfonds umzutauschen oder auf Privatisierungsauktionen direkt Aktien an Unternehmen zu erwerben. 1995 wurden die Schecks vor allem für den direkten Aktienwerb verwendet. Die Beteiligung an Investmentfonds war gering, nachdem den Fonds die Lizenzen vorübergehend entzogen worden waren und sie ihre Tätigkeit für einige Monate einstellen mußten<sup>28</sup>. Da in der Zukunft eine vergleichbare Maßnahme nicht auszuschließen ist, werden viele Scheckeigentümer die Anlage bei den Fonds weiterhin als unsicher einstufen. Die Investmentfonds wer-

den daher bei der Privatisierung zumindest vorübergehend keine entscheidende Rolle spielen.

Beim Verkauf derjenigen staatlichen Unternehmensanteile, die nicht für die Scheckprivatisierung reserviert sind, können die Belegschaften Aktien mit einem Abschlag von 20 vH des Nominalwerts erwerben. Damit deutet sich an, daß auch nach der Veräußerung von Unternehmensanteilen die Stellung der Betriebszugehörigen nicht wesentlich geschmälert werden soll. Hierauf weist auch die Bestimmung hin, die der Privatisierungsbehörde das Recht gibt, externen Investoren Auflagen zu machen. Das im Privatisierungsprogramm genannte Ziel eines verstärkten Kapitalzuflusses wird nur unzureichend realisiert werden.

Neben der zögerlichen Privatisierung haben bislang auch die Regelungen für den Marktzutritt und -austritt nicht zu einer Stärkung des Wettbewerbs geführt. Konkurse unrentabler Unternehmen wurden im vergangenen Jahr vermieden, obwohl zum 1. Dezember 1995 immerhin 18 weißrussische Unternehmen als Verlustbetriebe eingestuft wurden<sup>29</sup>. Darüber hinaus behindern Maßnahmen wie der Stopp der Neuregistrierung von privaten Unternehmen<sup>30</sup> die Entfaltung des privaten Sektors. Hiervon ist insbesondere die Gründung kleinerer und mittlerer Unternehmen betroffen, deren Bedeutung in Belarus ohnehin noch gering ist.

## Ausblick

Zentrales Merkmal des weißrussischen Wirtschaftsprozesses war im Jahr 1995 die zunehmende Anbindung an die russische Wirtschaft. Dazu hat nicht nur die Umsetzung der Vereinbarungen zur Zollunion beigetragen, sondern auch der russische Forderungsverzicht in Höhe von über 1 Mrd. US-\$. Die Enge der Anbindung wird zudem dadurch

<sup>23</sup> Vgl. Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands. Fehlende Reformen gefährden geldpolitischen Kurswechsel ..., a.a.O.

<sup>24</sup> Vgl. O rabote ... v janvare-dekabre 1995 goda, a.a.O., S. 41.

<sup>25</sup> Vgl. zur Konzeption der Scheckprivatisierung: Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands. Krisenbewältigung durch Flucht in die Rubelzone? Vierter Zusatzbericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 25/1994. Dieser Bericht wurde auch als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 234/1994, und als IWH Forschungsreihe 4/1994 veröffentlicht.

<sup>26</sup> Vgl. Sovetskaja Belorussija vom 15. Dezember 1995.

<sup>27</sup> „Programma razgosudarstvlenija i privatizacii gosudarstvennych obektov, nachodjaščichsja v respublikanskoj sobstvennosti, na 1996 god“. Bestätigt durch den Präsidialerlaß Nr. 526 vom 30. Dezember 1995.

<sup>28</sup> Von den ursprünglich 80 Fonds haben bis Jahresanfang 1996 erst 38 Fonds ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Belorusskij rynok, Nr. 4/1996.

<sup>29</sup> O rabote ... v janvare-dekabre 1995 goda, a.a.O., S. 59.

<sup>30</sup> wvd-Rußland vom 22. Februar 1996.

dokumentiert, daß sich deutliche Parallelitäten in der sektoralen Struktur der realwirtschaftlichen Anpassung zeigen: Sowohl in Belarus als auch in Rußland sind es die rohstoffnahen Industriezweige, die am schnellsten die Durststrecke des Produktionsabbaus hinter sich bringen. Es sind in weit überwiegendem Maße russische Aufträge, die dazu beigetragen haben, daß sich in diesen Industriezweigen der Republik Belarus die Produktion erholt hat. Zugleich sind es in beiden Volkswirtschaften die Leichtindustrie und die konsumnahen Bereiche, die noch weit von einer Stabilisierung der Produktion entfernt sind, auch weil diese Sektoren unter der realen Aufwertung gegenüber dem Dollar leiden.

Belarus ist dem russischen Beispiel eines Wechselkursziels gegenüber dem Dollar als Instrument der monetären Stabilisierung gefolgt. Insgesamt kann diese Parallelität als erste Stufe einer De-facto-Währungsunion gewürdigt werden. In beiden Fällen haben sich reale Aufwertungen gegenüber der Ankerwährung fortgesetzt. Allerdings war die Konsistenz der Wechselkurspolitik mit der Geldpolitik in Belarus wesentlich weniger gegeben als in Rußland. Zwar konnte die Parallelität der beiden Wechselkursregime bislang gewahrt werden. Jedoch hat die weißrussische Nationalbank das Wechselkursziel nur dadurch verteidigen können, daß sie in erheblichem Maße in die Devisenmärkte interveniert hat. Ohne Anpassung der derzeit noch

divergierenden Zinspolitiken beider Länder wird die De-facto-Währungsunion aber mittelfristig extremen Spannungen ausgesetzt sein. Kurzfristig sind diese Spannungen durch den Schuldenerlaß seitens Rußlands gemildert worden; er hat Belarus eine zahlungsbilanzpolitische Atempause verschafft. Die Budgetpolitik ist ebenso wie in Rußland restriktiv und wird auch 1996 vor erheblichen Herausforderungen an die Durchhaltbarkeit der Budgetdisziplin stehen.

Ordnungspolitisch ist Belarus immer noch weit davon entfernt, überzeugende Beweise einer Transformation zu liefern. Die Privatisierung sieht sich nach wie vor politischen Hemmnissen gegenüber und tritt daher auf der Stelle. Hier sind weitaus größere Defizite in der Verankerung von Eigentumsrechten und anderen ordnungspolitischen Signalen zu verzeichnen als in Rußland.

Insgesamt lassen die zahlreichen Gleichschritte in den beiden Transformationspfaden den Schluß zu, daß die Entwicklung des BIP und der Inflation in Belarus verstärkt von der Rußlands bestimmt werden. Allerdings hinkt Belarus hinter der russischen Entwicklung her, so daß sich Niveauunterschiede ergeben. Für das Jahr 1996 ist in Belarus ein weiterer Rückgang des BIP zu erwarten, der aber 5 vH nicht überschreiten dürfte. Die Jahresinflation wird sich im zweistelligen Bereich bewegen, aber nur im besten Fall unter die 50-vH-Marke sinken.

## Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. (3-428-05638-8). DM 44,60 / öS 348,— / sFr 45,—.
- Nr. 141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. (3-428-05799-6). DM 22,60 / öS 177,— / sFr 23,—.
- Nr. 142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. (3-428-05800-3). DM 19,80 / öS 155,— / sFr 20,—.
- Nr. 143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. (3-428-06201-9). DM 56,— / öS 437,— / sFr 56,—.
- Nr. 144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. (3-428-06311-2). DM 54,— / öS 422,— / sFr 54,—.
- Nr. 145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. (3-428-06387-2). DM 82,60 / öS 645,— / sFr 83,—.
- Nr. 146 **Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklung der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 252 S. 1991. (3-428-07253-7). DM 62,— / öS 484,— / sFr 62,—.
- Nr. 147 **Nationalstaat und Interdependenz — kooperative Interaktionsmuster in der EG-Handelspolitik.** Von Christian Siebert und Eirik Svindland. 250 S. 1992. (3-428-07380-0). DM 72,— / öS 562,— / sFr 72,—.
- Nr. 148 **Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch.** Von Notburga Ott und Gert Wagner (Hrsg.). 252 S. 1992. (3-428-07479-3). DM 72,— / öS 562,— / sFr 72,—.
- Nr. 149 **Rigide Preise, flexible Mengen — Ansätze zu einer dynamischen Analyse von Angebots- und Nachfrageschocks.** Von Heiner Flassbeck, Gustav Adolf Horn, Rudolf Zwiener. 254 S. 1992. (3-428-07521-8). DM 72,— / öS 562,— / sFr 72,—.
- Nr. 150 **Die Idee der Cash-flow-Steuer vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Steuersystems.** Von Stefan Bach. 474 S. 1993. (3-428-07984-5). DM 98,— / öS 765,— / sFr 98,—.
- Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. (3-428-08018-1). DM 88,— / öS 687,— / sFr 88,—.
- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO<sub>2</sub>-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 593,— / sFr 76,—.
- Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 656,— / sFr 84,—.
- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 500,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 500,— / sFr 64,—.
- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 671,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 578,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise (Hrsg.). 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 640,— / sFr 82,—.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin

Telefon (0 30) 8 97 89-0 — Telefax (0 30) 8 97 89 200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,

Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

*Die wirtschaftliche Lage Rußlands.*

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel / Institut für Wirtschaftsforschung Halle. —

*Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus.*

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel / Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten.

ISSN 0012-1304